

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1930

250 (27.10.1930)

Volkstfreund

TAGESZEITUNG FÜR DAS WERKTÄTIGE VOLK MITTELBADENS

Anzeigenpreise Die 10 getragene Millimeterzeile kostet 12 Pfennig, Gegenüber-
ansagen und Stellenangebote 8 Pfennig. Die Resten-Millimeter-
zeile 60 Pfennig o. Bei Wiederholung Rabatt nach Zahl, bei der nächsten Millimeter-
Zeileung, bei gerätlicher Betreibung und bei Anzeigen nach Best. tritt o. Erläuterung
er. und Geschäftsform in Karlsruhe L. 2. o. Schrift der Anzeigen-Nachnahme 8 Uhr vorwärts

Unsere wöchentlichen Beilagen: Heimat und Wandern
Unterhaltung, Wissen, Kunst / Sozialistisches Jungvolk
Die Musikstunde / Sport und Spiel / Die Welt der Frau

Bezugspreis monatlich 2.50 Mark o. Ober-Jahreszahlung 2.70 Mark o. Durch die D.
2.00 Mark o. Einzelverkauf 15 Pfennig o. Erscheint 6mal wöchentlich
vormittags 11 Uhr o. Postfachkonto 2650 Karlsruhe o. Geschäftsstelle und Redaktion: Karl-
ruhe L. 2., Waldstraße 28 o. Fernruf 7020 und 7021 o. Telephon-Zentralamt: Durlach, Haupt-
straße 9; D.-Baden, Jagdhausstraße 12; Rastatt, Rebenstraße 2; Obernburg, Republikstraße

Nummer 250

Karlsruhe, Montag, den 27. Oktober 1930

50. Jahrgang

Schlachtfelder der Arbeit

Massengrab reiht sich an Massengrab

Neue Bergwerkskatastrophe — 100 Tote

Der Weg des Todes

Alsdorf, 26. Okt. Ein trüber Tag ist anbrochen. Die Wägen-
straße einer großen Bergstraße mit langen Reihen von Autos
und Kolonnen von Fußgänger, die alle Alsdorf zum Ziele haben.
Schwarz drapierte Lastwagen sind auf dem Wege zur Unfallstätte.
Autos mit unkoordinierten Beratern laufen vorbei. Die Polizei-
mannschaften können den Massenandrang kaum bewältigen.

Vor dem Gebäude des Schweißer Bergwerksvereins stehen Tau-
sende von Menschen, in stummer Trauer. Das Verwaltungsgebäude
ist ein großer Trümmerhaufen. Die Wände sind mit schwarzen
Tüchern verhüllt. Zahlreiche Kränze hängen an den Seiten. In
den Gängen stehen Beratern mit brennenden Lampen, Sanitäter
und Mitglieder des Schweißer Bergwerksvereins. Während der
kirchlichen Feier war den Angehörigen, die namentlich in der
Kirche nicht alle Platz finden konnten, noch einmal der Zutritt
zur Leichenhalle gestattet. Die Halle ist ganz mit schwarzen Tüchern
ausgeschlagen. Auf schwarzverhängten Gestellen stehen die schlichten
Särge, mit den Namen der Toten und einem Kranz geschmückt.
Laternen und Kerzen zieren die Durchgänge. An der großen
Euerlei ist ein Altar aufgebaut. Hier liegen die Kränze des
Reichspräsidenten und der Reichsregierung, der Regierung von
Baden, des Landesbauamanns der Rheinprovinz und der Nachbar-
gruben, sowie auch holländischer, belgischer und französischer Gruben.
Brennende Kerzen leuchten den Toten zur letzten Fahrt. Ein Bild
des Jammers und des Schmerzes ist der Abschied der Frauen, Mütter,
Väter, Brüder und Schwestern von den teuren Toten. Letzte,
tränenerfüllte Worte verklingen in dem schmerzgefüllten Totenhaus.
Ganz kurz wird die Menge noch einmal durch die lange Reihe der
Särge geführt. Dann schließt sich die kurze schlichte Trauerfeier im
Foyer des Verwaltungsgebäudes an. Außer zahlreichen Mitgliedern
des Schweißer Bergwerksvereins steht man hervorragende Vertreter
der Behörden, u. a. den Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald, den
preussischen Handelsminister Dr. Schreiber, den Präsidenten der
Rheinprovinz Dr. Fuchs, Landesbauamann Dr. Horion, die Ober-
bürgermeister Dr. Rombach-Asch und Dr. Abenauer-Röll, den
Reichsstaatspräsidenten Esser und die Geistlichkeit der drei Kon-
fessionen.

Wohl an 100 000 Menschen sind in die Bergarbeiterstadt Alsdorf
gestromt, um den 250 Toten das Geleit zum Grabe zu geben. In
den frühen Morgenstunden gingen die Angehörigen zu einem letzten
Abschiednehmen in die Halle des Verwaltungsgebäudes, wo die
Särge aufgebahrt waren. An den Särgen stehen die schwarzgekleideten
Menschen. Wimmern und Trauern ist im Raum. Auf kleinen
Schilbchen in Maschinenchrift hängen die Namen der Toten an den
Särgen. Sanitäter tragen ohnmächtig gewordene Frauen und Män-
ner hinaus. Dann sammelt sich die Trauergemeinde in der großen
Vorhalle des Verwaltungsgebäudes.

Generaldirektor Westermann

Wünscht zuerst für die Verwaltung der Grube. Er muß bekennen, daß
noch immer die Ursache des Unfalls nicht erforscht ist.
Für den Reichspräsidenten und die Reichsregierung spricht dann
Reichsarbeitsminister Stegerwald

Als Vertreter des Herrn Reichspräsidenten, des Herrn Reichs-
kanzlers und der Reichsregierung komme ich zu dieser Stelle der
Trauer. Die Bergbaukatastrophe, deren unglückliche Opfer wir in
dieser Trauerstunde ehren, hat nicht nur unter Tage gewütet, son-
dern über Tage zerstört und vernichtet und so in alevischer Weise
Bürokraten, Anstehende, Arbeiter und Arbeiterinnen über Tage
dahinrafft. Trotz der Opferfreudigkeit und Todesverachtung der
retterischen Helfer konnten leider so viele, die man noch immer lebend
zu retten hoffte, nicht mehr gerettet werden. Unser herzlichstes und
aufrichtigstes Mitgefühl gilt vor allem den Hinterbliebenen und
Verletzten. Die Hilfe wird nicht nur auf die geistlich vorgeschrie-
benen Unterstützungen beschränkt, sondern darüber hinaus sind be-
sondere Hilfsmassnahmen eingeleitet. Ihr, die Ihr jetzt im Tode
ruht, standet im Bewußtsein des Schicksals, das Euch täglich ereilen
konnte, in Eurer ersten, harten Arbeit. Ihr hielt in treuer Pflicht-
erfüllung im Dienste Eures Volkes. Mit dem Kranz, den ich im
Auftrage des Herrn Reichspräsidenten und der Reichsregierung
überbringe, ehrt das ganze deutsche Volk in dankbarem Gedenken
Euer Wirten, Euer Sterben.

Preussischer Handelsminister Dr. Schreiber:

Ziel erschüttert stehen wir an den Särgen all der braven Berg-
leute, die in ihrer friedlichen Arbeit, von furchtbaren Katastrophen
überfallen, so rasch dem Leben und ihren Lieben entrissen wurden.
Selten war das Opfer so groß wie es bei diesem Schicksalsschlag von
tausenden Bergleuten gefordert wird. Möge es den Witwen und
über Deutschlands Grenzen hinaus auch der Bergbau und die Berg-
leute des Auslandes aufrichtigen Anteil nehmen an der Trauer, in
die sie verwickelt worden sind. Noch ist die Ursache dieser Katastrophe
ein Rätsel. Meine Verwaltung wird in Gemeinschaft mit noch allen

Beteiligten alle ihre Kräfte für dieses hohe Ziel einbringen und es
wird alles geschehen, was irgend in Menschenhand liegt, um die
Wiederkehr ähnlicher Katastrophen zu verhindern. Allen Bergleuten
die verwundet darniederliegen, wünsche ich von ganzem Herzen Bal-
dieu und völlige Genesung. In dem Dunkel dieser Trauertage ist die
Tat der Rettungstruppen, die nicht nur von den Nachbargruben,
sondern auch von weither herbeigeleitet sind, ein leuchtendes Zeichen
bergmännischer Kameradschaft. Den Toten aber weihen wir als Ab-
schiedsruhe zur letzten Grubenfahrt den alten Bergmannsgruß:
Gülden!

Der Vertreter der Arbeiterschaft Wader:

Ziel erschüttert stehen wir an der Bahre unserer toten Kamerad-
en. Wohl keiner von ihnen hat geahnt, daß diese Schicht seine letzte
sein sollte. Der Tod hielt grausame Ernte, nur als verstümmelte
und verbrannte Leichen wurden sie zutage gefördert. Im Namen
der Arbeiterschaft verspreche ich, daß wir unsere toten Kameraden nie-
mals vergessen werden. In dieser Stunde fällt es schwer, ein Wort
des Trostes zu finden für die Hinterbliebenen. Möge Gott ihnen
Trost und Hoffnung sein. Im Sinne unserer toten Kameraden ist
es, in dieser Stunde auch der vielen Verletzten zu gedenken. Gehe
Gott, daß der Opfer genug sind und die Verletzten alle wieder ge-
sund ihr Schmerzenslager verlassen werden. Mögen aber auch alle
Stände das schwere Los des Bergmannsstandes erkennen und mit
uns danach streben und dahin wirken, daß der Bergarbeiterstand
weiter ausgebaut wird, damit wir in Zukunft von solchen Massen-
unfällen verschont bleiben.

Welthilfshof Dr. Sträter

von Nachen spricht aus, was wir alle während der Reden empfanden,
daß es etwas Ergreifendes um diesen Schmerz ist, der allezeit den
Menschen ein Heiligatun anweisen, und die Frage kommt, ob wir in
diesem Heiligatun einbringen, ob wir es durch Worte fördern dürfen.

Totenstille über Alsdorf

Wagen, 25. Okt. (Via. Bericht.)

Die Erde hat sich über den 250 Toten von Alsdorf geschlossen. Von
weit her waren außer den Angehörigen der Toten Tausende und
Abertausende zur Begeleitung auf dem letzten schweren Schicksalsweg
der verunglückten Bergleute zur Begräbnisstätte geeilt.

Als sich der Alsdorfer Trauerzug dem Friedhof näherte, war der
Mittag herangekommen. Die Trauerkänge der Bergmannskapelle
hallten weit über das Totenfeld. Der Kapelle folgten Abordnungen
der Sanitäter, die in ihrer Pflichterfüllung in den vergangenen Ta-

gen geradezu Ungeheuerliches, teilweise lebensgefährliche Arbeit ge-
leistet hatten; dann kamen die Bergmannsabteilungen in Uniform
und mit Fahnen und Kränzen — alle trugen eine mit Trauerflo-
ren umwundene Grubenlampe in der Hand. Außer den zahlreichen Be-
hördenvertretern waren Vertreter der sozialistischen Weltanschauung
im Gefolge. Die Sozialdemokratische Partei, die Arbeiterwohlfahrt
der ADGB, der ADGB, die NSDAP, die großen Werke des Wägen-
Wirtschaftsgebiets — alle hatten Delegierte entsandt. Die Bergar-
beiterkapelle hatte u. a. H. S. M. A. N. N., den ersten Vorsitzenden des
Bergarbeiterverbandes, delegiert dazu Abordnungen sämtlicher Zahl-
stellen des Bezirks. Unter den Fahnen, die sich am Grabe senkten
sah man die der Bezirksorganisation der Bergarbeiter der Ruhr, de
Saar, des Kölner Bezirks, des Sieger Landes, ferner die der holländi-
schen und belgischen Bergarbeiter. Schließlich hatten auch Reichs-
banner, Freidenkerorganisationen und Sportvereine Vertreter ent-
sandt.

Als die Trauerfeier in der Wägenstraße der Grube Anna II beende
war, bewegte sich der Hauptkonkord mit 118 Opfern langsam den
neuen Alsdorfer Friedhof zu; die übrigen Opfer wurden in der
Nachbarorten Schauffenberg und Kellersberg beigesetzt. Die brennen-
den Laternen aller Zufahrtsstraßen waren mit Trauerfloren umhüllt.
An den Seiten der Straßen stand schweigend eine vieltausendköpfige
Menge in tiefer Begrüßtheit. Ein Flugzeug warf weiße Kränze
ab. Als man die traurige Sarglast von den Lastautos nahm, ließen
die Kapellen die Klänge des Choralgesanges erklingen. Die
Länger als eine Stunde mußten die Bergknappen in die Gräber
steigen, um die Särge einzubetten. Es war die traurigste
Schicht, die das westdeutsche Kohlenrevier jemals erlebte. Ni-
e beendet war, klangen nicht, wie sonst beim Schichtwechsel, die
Taschlichter verheißenden Glocken am Fördertrum, sondern laute Auf-
schreie des Schmerzes, vom Wind getragen, über das Feld; die An-
gehörigen traten an die Gräber, um ihren Lieben ein letztes Lebe-
wohl zuzurufen und noch einen Kranz oder ein paar Blumen an
den Sarg zu legen. Abschiedsblumen...

Noch einmal Trostmorte der Geistlichen. Noch einmal Choräle
Noch einmal Trommelwirbel.

Neues Alsdorf-Opfer

Der Tod, der in Alsdorf schon so reiche Ernte geerntet hat, for-
derte ein neues Opfer. Die Frau des tödlich verunglückten Steiger-
Bartels vermochte das Leid ihres Verlustes nicht zu überwinden und
starb vor Gram über den Tod ihres Gatten.

Die Totenfeier in Alsdorf



Grübenkatastrophe im Saargebiet

Schlagwetter auf Grube Maybach

W. Saarbrücken, 25. Okt. Auf der Schachtanlage Maybach ereignete sich heute nachmittag um halb 4 Uhr im Hauptquerschlag der 4. Tiefbauböschung eine Schlagwetterexplosion. Friedrichsthal, 25. Okt. Wie die Grubenverwaltung Maybach gegen 22 Uhr mitteilt, sind noch etwa 90 Bergleute unter der Erde. Die Bergverwaltung rechnet damit, daß sämtliche 90 tot sind. Saarbrücken, 25. Okt. Auf dem weiten Grubengebiet drängen sich Angehörige der verschütteten Bergleute. Nur mit Mühe können die Feuerwehreinheiten, Sanitätsmannschaften und Grubenbeamten den Aufsturm von den Toren des Schachtes abdrängen. Im Zehnenhaal, wo sich die Vertreter der Presse aufhalten und wo ab und zu eine knappe Mitteilung über die Lage ausgesprochen wird, hat man riesige weiße Laten ausgebreitet, um die Toten aufzubahren.

Friedrichsthal, 26. Okt. Von den Toten der Grubenkatastrophe auf der Grube Maybach wiesen die zunächst in den Gängen gefundenen furchtbare Verletzungen durch Stichflammen auf. Sie sind bis zur Unkenntlichkeit verbrannt. Die später Aufgefundenen sind sämtlich an Gasvergiftung zugrunde gegangen. Grubenbeamte, die die Stollen beschriften haben, teilen mit, daß man nur noch Tote findet. Die Bergungsarbeiten gehen nur sehr langsam vonstatten, da die Stollen noch immer mit Gas gefüllt sind und die Bergungslüften durch einen entfernt liegenden blinden Schacht zutage befördert werden müssen.

Friedrichsthal, 26. Okt. Wegen der bis zur Unerträglichkeit gestiegenen Hitze in den Stollen sind die Bergungsarbeiten zur Zeit eingestellt worden. Man vermutet noch etwa 10 Bergungslüfte untertage, von denen indes keiner mehr am Leben sein dürfte. Im Laufe des heutigen Tages sind die Angehörigen der Bergungslüften an die Bahnen geführt worden, um die Toten zu identifizieren.

Der Tod in der Grube

Saarbrücken, 27. Okt. (Funddienst.) Die Opfer der Mosdorfer Katastrophe waren am Sonntag noch nicht reiflos der Erde übergeben, als eine neue Schreckensstunde wie ein Lauffeuer Deutschland durchschlug. Eine Schlagwetterkatastrophe hatte die 4. Sohle der in der Nähe von Saarbrücken gelegenen Maybach-Grube heimgesucht.

Als die Katastrophe vor sich ging, befanden sich etwa 700 Menschen in der Grube. Ungefähr 110 wurden von der Katastrophe betroffen. Vor Ort steht es nach den Schilderungen der wenig überlebenden furchtbar aus. In wenigen Augenblicken haben schlaende Wetter die Arbeit von Monaten zerstört. Ein schwerer Bruch von 30 Meter Tiefe etwa 5 bis 6 Meter Höhe sperrte den Weg zu den Leichen. Die Rettungsmannschaften setzten aus der Tiefe verzweifelt, löhnenverhaft mit verschlossenen Gesichtern zurück. Zwei Sanitäter wurden unter ersten Bergungserscheinungen durch ihre Kameraden zutage gebracht, der eine nachdem er kaum 50 Meter hatte vordringen können. Borek sind die giftigen Wetter noch nicht abgezogen, so daß auch die inzwischen begonnene herabpolitische Untersuchung über die letzte Ursache der Katastrophe innerhalb der Grube noch nicht bestimmt konnte. Man will jedoch unter Beteiligung der Gewerkschaften versuchen, die Unglücksstelle Montag früh zu befreien. Die Erklärungen, die sofort nach den ersten Meldungen der Katastrophe kursierten, und nach deren eine Benzololomotiv im Querschlag der 4. Sohle er-

plodiert sein sollte, treffen nicht das Richtige. Die in dem Querschlag arbeitenden beiden Lokomotiven sind Prellschuttmaschinen. Sicher ist jedoch, daß an dem Explosionsherd neben der aufstretenden Schlagwetter ständig unter Aufsicht gearbeitet wurde, damit bei Gefahr sofort eingegriffen werden konnte. Der Vorhauer, der die Aufsicht kurz vor der Katastrophe leitete, kann seine Beobachtungen leider nicht mehr weitergeben. Er ist tot. Am schwersten ist die Gemeinde Wilschbach von dem Unglück betroffen. Hier hat das furchtbare Unglück in fast jeder zweiten Familie eine schwere Kluft gerissen. In mehreren Fällen ging Vater und Sohn gemeinsam in den Tod. Ein Teil der Opfer ist so verstümmelt, daß er wahrscheinlich nie identifiziert werden kann. Am Sonntagabend wurden bereits die ersten Särge angefahren, am Mittwoch soll nach einer gemeinsamen Trauerfeier in dem Zehnenhaal der Grube die Beisetzungen der Opfer in ein Massengrab erfolgen.

Saarbrücken, 26. Okt. Auf dem Maybach-Schacht sind bis 9 Uhr vormittags 86 Tote geborgen worden. Sechs verletzte Bergleute sind im Lazarett gestorben, so daß bisher 92 Tote zu beklagen sind. Drei Vermisste konnten sich durch den benachbarten jungen Waldschacht retten. Etwa 20 Bergleute werden noch vermisst. Es besteht keine Hoffnung, daß sie noch am Leben sind. Die Rettungsarbeiten gestalteten sich heute früh äußerst schwierig, da sich eine große Hitze entwickelte, so daß es kaum möglich ist, mit den Rettungsapparaten vorwärts zu kommen.

Untertags liegen an einer Stelle, die nicht zugänglich ist, vier Tote. Weiter diesen 92 Toten fehlen noch 7 Bergleute, die an einer Stelle liegen, wo die Wetter noch brennen, die aber ebenfalls tot sind.

Bergamtliche Mitteilung über das Grubenunglück

Saarbrücken, 26. Okt. Das Oberbergamt teilt mit: Am Samstag, den 25. Oktober, um 15.30 Uhr ereignete sich im Flöz 4 A der 4. Tiefbauböschung der Grube Maybach eine Schlagwetterexplosion. Die beiden Abbaufelder der Steigerabteilung 9 wurden von der Explosion durchschlagen, die auf die benachbarten Abteilungen nicht übergreifen konnte, da die Gesteinshauptspitze das weitere Umschlagreifen der Explosion verhinderte. Da die Weiterführung nicht geklärt wurde, konnten die Rettungsarbeiten sofort aufgenommen werden.

Die bergpolizeiliche Untersuchung, die sofort eingeleitet wurde, hat bis jetzt noch keine Klärung der Ursache der Explosion finden können.

Die von der Explosion betroffene Grubenegend galt von jeher als stark wetterfällig.

Beileidstelegramme des Reichsarbeitsministers Stegerwald

Wagen, 26. Okt. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald richtete, nach an der Unglücksstätte in Mosdorf weiland, an die Betriebsorganisation Maybach-Friedrichsthal Telegramme, in denen er seine herzlichste Teilnahme ausdrückt.

Das Beileid der französischen Regierung

Saarbrücken, 26. Okt. Der französische Außenminister Briand sandte dem Präsidenten der Regierungskommission ein Beileidstelegramm, in dem er im Namen der Regierung der Republik sich in Ehrfurcht vor den Opfern der Katastrophe auf der Grube Maybach verneigt, den Bergungslüften und den betroffenen Familien die innigste Anteilnahme und den am Rettungswerk Beteiligten seine Anerkennung ausdrückt.

Sapagdamper Baden beschossen

27 Tote, 55 Verletzte durch die Beschießung im Hafen von Rio de Janeiro

Als der deutsche Sapagdamper Baden den Hafen von Rio de Janeiro verlassen wollte, um seine Reise nach Buenos-Aires fortzusetzen, wurde er durch Geschützfeuer beschädigt, so daß er nach dem Hafen zurückkehrte.

W. Hamburg, 26. Okt. (Letzte Meldung.) Wie die Hamburg-Amerikanische mitteilt, sind nach amtlichen Erkundigungen bei der deutschen Gesandtschaft in Rio de Janeiro 27 Tote, 25 Schwere- und 30 bis 33 Leichtverletzte zu beklagen. Unter den Toten befindet sich ein Reichsdeutscher, der Heizer Willi Müller. Die übrigen sind spanischer Nationalität. Unter den Schwerverletzten, die gleichfalls überwiegend Spanier sind, werden sechs Reichsdeutsche festgestellt, nämlich die drei Passagiere Georg Rohle, Otto Dammbeck und Paul Höhn und die drei Mitglieder der Besatzung, der Matrose Heinrich Osterkamp, der Heizer Ewersdorf und der Maschinenwärter Willi Hrbred. Unter den Leichtverletzten befinden sich ebenfalls 5 bis 8 Reichsdeutsche, unter ihnen u. a. der Matrose Benz. Die Namen der übrigen leichtverletzten Passagiere sind bisher noch nicht bekanntgegeben worden.

Die deutsche Gesandtschaft in Rio de Janeiro bestätigt in einem Telegramm die Nachricht, daß der Sapagdamper Baden im Hafen von Rio de Janeiro von dem Fort Chapachona aus beschossen worden sei. Der Dampfer wurde am Heck getroffen und kehrte langsam in den Hafen zurück. Nach einer Mitteilung des brasilianischen Zerstörerministers soll, wie in dem Telegramm weiter mitgeteilt wird, die Beschießung erfolgt sein, weil das Schiff entgegen den Bestimmungen keine Flagge gezeit habe.

Von brasilianischer Seite wird betont, daß die Beschießung auf eine Verletzung von Mißverständnissen zurückzuführen sei.

Wie die Hamburg-Amerikanische nach amtlichen Erkundigungen in Rio de Janeiro weiter erfährt, hat die brasilianische Regierung sich bereit erklärt, die Getöteten auf ihre Kosten beerdigen zu lassen. Die „Baden“ ist durch die Beschießung am Heck schwer beschädigt. Der Dampfer wird nach der Verklarung seine Reise nach Buenos Aires fortsetzen.

New York, 26. Okt. (Reuter.) Der Korrespondent der New York Lines in Sao Paulo meldet, der Kapitän der „Baden“ sei verhaftet worden, da die Polizei ihn beschuldigt und ihm das Unglück zuschiebe.

W. Hamburg, 26. Okt. Gegenüber der Darstellung des brasilianischen Zerstörerministers, wonach die Beschießung des Sapagdamfers Baden deshalb erfolgt sei, weil das Schiff, entgegen den Bestimmungen, keine Flagge gezeit habe, teilt die Hamburg-Amerikanische Linie, die im Uebrigen bis in den Nachmittag hinein noch keine eigene Meldung über die Beschießung des Dampfers hatte, für vollkommen ausgeschlossen, daß die Baden keine Flagge gezeit habe. Das Schiff werde von einem alten erfahrenen Kapitän geführt, der in allen internationalen Bestimmungen genau Bescheid wisse.

Das neue Kabinett in Brasilien

Wasas berichtet aus Rio de Janeiro, die Revolutionäre Regierung habe an die Bevölkerung der Hauptstadt ein Manifest gerichtet, in dem zur Ruhe und Abtun vor den Gefahren ermahnt und erklärt werde, daß die Regierung entschlossen sei, alles daran zu setzen, um die Ordnung aufrechtzuerhalten.

Bis jetzt ist die Ruhe allerdings noch nicht eingelehrt. Nach einer Meldung aus Rio de Janeiro hat die dortige Bevölkerung, als die Aufständischen noch nicht Herr der Lage waren, das amerikanische Generalkonsulat angegriffen und dort einige Schäden anrichtet.

Wie Wasas aus Rio de Janeiro meldet, ist eine provisorische Regierung gebildet worden, die sich folgendermaßen zusammensetzt: Außenminister Welle France, Finanzminister Ribeiro, Justizminister Pinto, Kriegsminister General Barrante, Marineminister Tommasini, Verkehrsminister Lacerda.

Die bedeutendste Persönlichkeit dieses Kabinetts ist Welle France, der langjährige Vertreter Brasiliens im Völkerverbund.



Sapagdamper „Baden“

Profitgesindel

250 Leichen, doch 14 Prozent Dividende gesichert

Am Tage nach dem furchtbaren Bergwerksunglück in Mosdorf, dem 250 Bergleute zum Opfer gefallen sind, teilte die Bergwerkszeitung, das Organ der Unternehmer im Bergbau mit, daß die Katastrophe auf die Höhe der Dividende keinen Einfluß ausüben werde; 14 Prozent Dividende bleiben bis mindestens 1942 den Aktionären durchaus gesichert. Kein Wort des Bedauerns und des Mitleids mit den Opfern und deren Hinterbliebenen. Die einzige Sorge des Unternehmensorgans galt den Dividenden und den Aktionären, Mißheuliches Profitgesindel!

Vom Bankier Warburg in Hamburg wird erzählt, daß er, kurz nachdem er die Nachricht von der Ermordung Rathenau erhalten hatte, einen Geschäftsreisenden mit den Worten anrief: „Kaufen Sie Dollar, Rathenau ist ermordet!“

In dem Augenblick höchster Not und höchsten Glends pflegt der Mensch seinen Charakter schonungslos zu enthüllen. So auch der Kapitalismus. Erst die Dollars — dann der tote Staatsmann.

Im Augenblick des Mosdorfer Unglücks, in den Minuten, da Hunderte von Müttern und Kindern in atemberaubender Angst um den Ehegatten, um den Vater bangen, in den Augenblicken, da Millionen Menschen mit den Arbeitskameraden und ihren Angehörigen fühlen, alle Unterwürigkeit, die Weltanschauungen unter ihnen aufstehen, vergessen, in dem Augenblick schreibt die Deutsche Bergwerkszeitung als Schluß eines Artikels, zu dem Mosdorfer Unglück:

„Das Aktienkapital des Schweizer Bergwerksunternehmens befindet sich zu etwa 90 Prozent im Besitz der Vereinigten Hüttenwerke Burbach-Eich-Deibelingen (Arbed) Luzern. Der noch im Umlauf befindliche Rest von freien Aktien wird im Kasernenlager an der Berliner Börse gehandelt. Der Markt ist fast zusammengebrochen und spielt heute keine erhebliche Rolle mehr. Der Kurs wurde anfänglich des Unglücks am Dienstag gestiegen. Auf die Dividende der Gesellschaft dürfte das Unglück ohne Einfluß bleiben, da auf Grund des Interessengemeinschaftsvertrags mit der Arbed bis zum Jahre 1942 die 14-prozentige Dividende garantiert wird.“

In dem ganzen Artikel ist kein Sterbenswort den Toten, keines der Hinterbliebenen gewidmet.

So und nicht anders mußte der Ruhrkapitalismus sein geistiges Antlitz, seine Hyänenatur enthüllen.

Schließlich und amüßig hat der Kapitalismus seine Profitgier noch nie zugegeben. Was heißt 250 Tote, vierzehn Prozent Dividende sind garantiert.

Aus dem Schacht schlägt die Flamme empor. Unter Donner hört der Fördertrumm zusammen. Das Maschinenhaus bröckelt. Das Verwaltungsgebäude stürzt in Trümmer und begräbt alle Beamte unter sich.

Die Bergwerkszeitung meldet: 14 Prozent Dividende sind garantiert.

Die Gesteinstrümmer verstopfen den Schacht. Hunderte von Bergleuten sind eingeschlossen. Die Wasserleitung ist gebrochen. Die Wetterführung verstopft. Die Lichtleitung ist zerrissen. In den Stollen und Querschlägen steigt das Wasser. Giftige Schwaden durchziehen die Finsternis. Sinnlos waten Bergleute in dem gurgelnden Wasser. In der Finsternis. Der Tod vor Augen. Um sich, Neben sich.

Die Bergwerkszeitung meldet: 14 Prozent Dividende sind garantiert.

In den hellen, weißen Krankenzimmern liegen blutende, verstümmelte Menschenreste. Bleich, Geschlossenen Auges. Bahre auf Bahre wird herangebracht. Am Operationstisch arbeitet der Arzt. Und Bahre auf Bahre wird herangebracht.

Die Bergwerkszeitung meldet: 14 Prozent Dividende sind garantiert.

In den armseligen Bergarbeiterwohnungen sind alle Fensterhaken zertrümmert. Kühle Zugluft zieht durch den Raum. Auf dem Tisch die Reste der Mahlzeit. Das Geschrei. Die Mutter hat ihr Gesicht in den ärmlichen Sonntagskleidern des Mannes vergraben. Sie bleiben ihr. In Mittagsschlaf lag der Mann fort. Er ist nicht unter den Toten. Er ist nicht unter den Verletzten. Nicht im Spital. Nicht auf der Straße. Die Angst preßt dem Weibe die Kehle zusammen. Es wehnt flammert sich das Kind an die Mutter. Tränenlos. Es wehnt nicht zu fassen, was ist.

Die Bergwerkszeitung meldet: 14 Prozent Dividende sind garantiert.

300 000 Kumpels sind heute an der Ruhr eingefahren. Viele Worte sind ihnen nicht gegeben. Aber schweigend haben sie heute im Stillen gedacht. Geltern schlug der Tod im Finsternis dich. Wann schlägt er mich? Die Preßluftschlämmer schlagen knirschend. Die Schüttelrutschen lärmen, und der Kohlenhaub trübt das Licht der Lampen. Und in der lärmenden Melodie der Maschine hört der Kumpel:

14 Prozent Dividende sind garantiert.

14 Prozent Dividende sind garantiert.

Das Wort der Bergwerkszeitung wird den Ruhrkumpeln, den Metallarbeitern am Hohenhof, den Heizer hinter den glühenden Keßeln ergehen. Es wird durch die ganze Arbeiterschaft laufen und dem Kapitalismus bis zu jenem einen Tage der Abrechnung unvergessen bleiben:

Zweihundertfünfundzig Tote, aber 14 Prozent Dividende sind garantiert!

Nationalsozialistisches Mordgesindel

Dortmund, 25. Okt. (Eia. Draht.) In der Nacht zum Samstag kam es in Dortmund zu blutigen Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Ein 16jähriger Parteimitglied an den Zusammenstößen, der Mitalieb der kommunistischen Jugendorganisation ist, erlag im Krankenhaus der erlittenen schweren Schußverletzung. Insofern wurden 10 Personen verletzt. Die Nationalsozialisten gaben auf die Kommunisten nach den amtlichen Berichten nicht weniger als 25 Schüsse ab.

Mainz, 25. Okt. Heute abend entstand zwischen dem in Mainz befindlichen Sohn des verstorbenen Altkameraden Hans zu Badenheim, einem Studenten, und zwischen dem bei der Parteimitglied befähigten Diensthelfer Adalbert aus Barmen, dem Führer der Bodenheimer Nationalsozialisten, ein Streit, in dessen Verlauf der Ruhrer einen Revolver zog und den Studenten durch sechs Schüsse tötete. Der Täter wurde von aufgeregter Bevölkerung verhaftet, er wird mit schweren Verletzungen ins hiesige Krankenhaus gebracht werden mußte.

Freistaat Baden

Notwendige Schnelljustiz

Beschleunigung der Strafverfahren aus Anlaß von Zusammenstößen politischer Organisationen

Die Karlsruher Zeitung wird mitgeteilt: In der Presse ist der Wunsch laut geworden, es möchten für Straftaten, die aus Anlaß der sich häufenden Zusammenstöße politischer Organisationen begangen werden, besondere Schnellrichter nach Berliner Muster bestellt werden. Hierzu ist zu sagen, daß der Schnellrichter nach den oben angeführten Bestimmungen keine Einrichtung ist, die geschaffen werden müßte. Jede Staatsanwaltschaft hat vielmehr die Möglichkeit, eine zur summarischen Aburteilung geeignete Sache, wenn der Täter vorläufig festgenommen ist, oder sich selbst stellt, zur beschleunigten Aburteilung gemäß § 212 St.P.O. durch mündliche Anklageerhebung an den Amtsrichter zu bringen. Von dieser Möglichkeit ist aber schon Gebrauch gemacht worden; so hat das Amtsgericht Karlsruhe am 18. ds. Mts. im Schnellverfahren einen Anhänger der Deutschen Nationalsozialistischen Arbeiterpartei abgeurteilt, der tags zuvor auf Karlsruher Straße in Karlsruhe im Verlauf eines politischen Zusammenstoßes einen anderen mit einem Stuhlbein über den Kopf geschlagen hatte.

Nach den vom Justizministerium getroffenen Feststellungen sind auch angenommen worden, daß die Staatsanwaltschaft weiter hin dieses Verfahrens zur Beschleunigung der Aburteilung geeigneter Straftaten bedienen wird.

Regierung, endlich fest durchgreifen!

Ein Arbeiter in Offenburg wird uns geschrieben: Der Herrschel des Innenministers, keine öffentliche Versammlung und Umzüge mehr zu gestatten, ist nur eine halbe Maßnahme und wird ihren Zweck sicher in keiner Weise erfüllen. Wer auszuweichen, ist öffentliche Versammlungen zu besuchen, der braucht sich zu wundern, wenn in einem Teil unserer Bevölkerung über führenden Männer des badiischen Staates und des Reiches die Meinung zur Geltung kommt, als seien eben diese Männer die nächsten Verbrecher. Große Teile der jugendlichen Wähler, die den Nazi und den Kommunisten nachlaufen, sind felsenfest überzeugt, daß unsere Minister und deren Mitarbeiter aus diesem Gesichtspunkt tagtäglich nichts anderes zu tun hätten, als das zu betreiben. Was in dieser Hinsicht von den Ministern zu erwarten ist, hier muß sofort und mit aller Strenge eingegriffen werden. Die Gegner der Republik sollen den Staat verlassen, was nicht gestattet sein soll, ist das allgemeine und niedrige Ehrgefühl der Minister und der führenden Männer. Die badiische Regierung kann und muß diesen Feinden gegenüber einmütig durchgreifen. Man lasse nicht, das ganze nicht. Doch wenn diese Berufsverleumdern sofort das öffentliche Leben verlassen, dann werden die anderen sich fürchten oder was ihnen wichtiger fällt, bei der Wahrheit bleiben.

Was der Staat noch tun muß ist, daß man jenen auf die Straße und noch härter ist sehr rüchigen Pensionären auf die Straße, wenn sie den Staat und seine Organe täglich beleidigen. Was die heutige Staatsform nur ein Versuch jener Strenge ist, welche der Kaiserzeit gegen uns Sozialisten anbrachte, das kann kein Gebot! Dies gilt auch für den Staat, wenn er beabsichtigt.

Vorgehen gegen das Republikerschutzesgesetz

Karlsruhe, 24. Okt. Vor der 1. Karlsruher Strafkammer des Reichsgerichtspräsidenten Dr. Kaufmann) standen heute die Angeklagten: Arbeiter Hermann aus Kallstadt, der Arbeiter Hermann aus Heide, der Schuhmacher Julius Köhler aus Kallstadt und der Monteur Hans Müller aus Kallstadt wegen Verstoßes gegen das Republikerschutzesgesetz. Die Angeklagten hatten am 10. und 11. August (Verfassungstag) in Kallstadt im Garten des Oberbürgermeisters Reiner aus Anlaß des Verfassungstages archaische schwarzrote Reichsfahnen mit Benzin bespritzt und anschließend, um ihrer Verachtung gegen die Flagge Ausdruck zu verleihen und einen nationalsozialistischen Schrei auszusprechen, den ein unbekannter Täter eine schwarzrote Fahne entzündet hatte. Die Angeklagten waren feinerweise im Reichsgericht zu 1 bis 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden. Gegen dieses Urteil laufen sie Berufung ein. In der heutigen Verhandlung beantragte der Verteidiger, Rechtsanwalt Köhler, eine mildere Strafe, während Staatsanwalt beim Reichsgericht die Strafen des Reichsgerichts eintrat. Die Strafkammer hob das schöffengerichtliche Urteil auf und erstattete ein Urteil im Monat Gefängnis; den Angeklagten wurden Rücksicht auf ihr junges Alter und ihre bisherige Unbeschuldetheit mildernde Umstände zugesprochen.

Trotz Belagerungszustand wird demonstriert

Die kommunistische sog. Arbeiterzeitung in Mannheim berichtet über Freilassungsausgabe, daß die Erwerbslosen in Mannheim trotz Belagerungszustand demonstriert hätten und durch die Straßen marschiert seien. Das kommunistische Organ äußert darüber, daß nach seiner Schilderung die Erwerbslosen über die Polizei und den Reichsminister triumphiert hätten. Wir können im Augenblick nicht nachprüfen, ob etwas und wieviel an der Darstellung wahrheitsgemäß ist. Wir wollen aber mit allem Nachdruck und aller Deutlichkeit hier sagen, daß sich die Erwerbslosen, die sich für die politische Verbrechen der Kommunisten gewinnen und mißbrauchen lassen, sich nicht wundern brauchen, wenn sie in einen schweren Konflikt mit der Staatsgewalt geraten. Heute die Erwerbslosen zu sog. Hungerdemonstrationen zu verleiten, hat schon deshalb gar keinen vernünftigen Sinn, weil die absolute Erwerbslosigkeit jedem Menschen bekannt ist, also schon den Regierungen, den Behörden und Parlamenten, zu deren größten Sorgen sie gehört. Und daß die Erwerbslosen sich den Demonstrationen hingeben, dürfte höchstens ein paar Ködinnisse Stroh und ähnliches hielten noch zu befeuchten können. Erwerbslosendemonstrationen hatten einen Sinn zur Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens, solange es keine Erwerbslosenunterstützung und keine Erwerbslosenversicherung gab. Wenn die kommunistischen Erwerbslosen unter der Führung der Straßen führen, so denkt auch nicht ein Arbeiter daran, dadurch den Erwerbslosen zu helfen. Im Gegenteil: sie wollen den Erwerbslosen zu ihrem finanziellen Elend auch noch persönlich beitragen, damit die Erwerbslosen bis zu Ausbrüchen gezeichnet werden kann. Und das ist, wie durch hunderte Beispiele und Taten bewiesen werden kann, sogar nicht es ganz offen, daß die Staatsge-

Drohender Bolschewismus

Die Sozialdemokratie rüstet zum Bürgerkrieg

Der Marxismus geht auf die Straße / Die Maske der Legalität gefallen / Darunter die Frage des Bürgerkrieges / Wachsender Terror / Die Polizei verlagert

Diese Schlagzeilen im Volksfreund zu finden, muß im ersten Augenblick unseren Lesern die Frage aufdrängen: Ist denn die Redaktion verrückt geworden? Nein, nein, unsere Leser brauchen keine Sorge zu haben: Die Redaktion des Volksfreunds erhebt sich in jeder Beziehung der besten Gesundheit. Die oben wiedergegebenen Schlagzeilen stammen aus der Freitagnummer des Führers und aus der Samstagausgabe des Stahlhelms der badiischen Zeitung. Verrückt ist man also in der Douglas- und in der Karlsruher und nicht in der Waldstraße. Aus welchen Gründen ist man in der Douglas- und in der Karlsruher in besonderer Maße verrückt meißelnde geworden? Der Führer und die badiische Zeitung erzählen uns das selbst. Also: Der Führer hat die Sozialdemokratie werke das legal-republikanische Mäntelchen ab und vollziehe die Annäherung an den Bolschewismus. Eine Sekunde lang blühte trotz aller Verrücktheit selbst in der Redaktion des Führers die Erkenntnis auf, daß „diese Tatsache in dem Augenblick paradox erscheinen“ müsse, wo die SPD im Reichstags das Kabinett Brüning „stöße“. Aber — die Massen in der SPD, sollen die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion als „einen schweren Schlag ins Gesicht“ empfinden haben. Angebliches Resultat: Angst der SPD vor der kommunistischen Propaganda. Und daraufhin hat der Führer die einfach phänomenale Entdeckung gemacht: „Das heuchlerische Geiselt von Republik und Verfallung ist bereits aus den Spalten der SPD-Presse und aus den Reden ihrer Agitatoren verschwunden. Es geht sogar noch toller zu in der SPD, wie der Führer entdeckt hat. Im Lande Baden und in Karlsruhe und Umgebung ist der Radikalismus der Sozialdemokratie besonders in die Höhe geschossen, so hoch sogar, daß der Führer ausruft: „Wir gehen einem herrlichen Winter entgegen!“

Und dann schildert der Führer weiter in Fettschrift: Der Marxismus in Karlsruhe und Durlach gehe jetzt auf die Straße und spielt den wilden Mann. Da aber auch die nationalsozialistische SA vorhanden war, kam, was kommen mußte: es gab Prügler, Totschläger, Messer und Pistolen... Versammlungs Sprengung, heimtückische Ueberfälle auf Einzelne, brutaler Terror an den Arbeitsämtern... Richtig, sogar sehr richtig! Wo die Hitlerianer auftauchen, kommen auch Totschläger, Messer und Pistolen, Ueberfälle und brutaler Terror zur Anwendung. Eben deshalb, weil die Nazis mit solchen „geiftigen“ Waffen und mit Ueberfällen auf Einzelne und auf ganze Versammlungen ihren Terror auszuüben versuchen, soll zum Schutz der Einzelnen und der Versammlungen eine Abwehrorganisation von der SPD geschaffen werden.

Daß die Sozialdemokratie in Karlsruhe oder überhaupt an die Vorbereitung oder Zulieferung eines Bürgerkrieges denkt, ist so heller Wahnsinn, der nur aus dem verrückten Zustand geboren werden kann, in dem sich die Redaktion des Führers befindet. Die Sozialdemokratie kämpft um

und für diesen Staat und für seine innere ungerührte Festigung, damit er, der demokratisch-republikanische Staat, in jedem Falle die Aufrechterhaltung der Ordnung gegen alle und jeden zu gewährleisten vermag, die sich frevelnd oder gewalttätig gegen die Ordnung erheben und sie zerstören wollen.

Und in logischer Konsequenz dieser Auffassung und Tätigkeit in der Sozialdemokratie, fordern wir immer wieder sowohl von der Reichsregierung wie von den Landesregierungen, daß sie mit ihren Nachmitteln jeden Terror brechen, mag er ausgehen von wem er immer wolle. Der Führer schreibt in derselben Nummer, die Nationalsozialisten wollen keine Gewalt, sie lehnen den Bürgerkrieg ab, sie rufen zur Ordnung und Disziplin. Das ist bewußte Schwindel! Jeder nationalsozialistische Redner sagt in jeder Versammlung das genaue Gegenteil und die nationalsozialistische Presse wird nicht müde, täglich mit Hilfe der verlogenen, infamsten und erbärmlichsten Heze, den Staat zu unterwühlen, damit er im Chaos zusammenbricht, worauf dann mit Hilfe des Bürgerkrieges und des Terrors die Nationalsozialisten ihr berühmtes drittes Reich aufrichten können.

Genau so verrückt wie der Führer ist das Stahlhelmsblatt. In einem Artikel mit der Schlagzeile „Die Sozialdemokratie rüstet zum Bürgerkrieg“ heißt es: „Die Sozialdemokratie sieht ihre Macht zusammenbrechen und ist entthronen, sie unter allen Umständen zu halten und, wenn nötig, auch mit dem Mittel des Bürgerkrieges. Die Ernennung Severings zum preussischen Innenminister ist eine weitere Maßnahme der Sozialdemokratie im Kampf um ihre Macht.“

Das ist die bekannte Diebestatistik, zu rufen: Haltet den Dieb! Die Propaganda der Nationalsozialisten, der Terror den sie auf der Straße und in Versammlungen sowie gegen Einzelne ausüben, Hitlers Drohung vor dem Reichsgericht in Leipzig, daß Köpfe im Sande rollen werden, müßte allerdings zum Bürgerkrieg führen, falls nicht die Staatsgewalt nunmehr mit aller Energie und Rücksichtslosigkeit durchgreift. Der Bürgerkrieg würde Deutschland zerstören und über das deutsche Volk grauenhaftes Elend hereinbringen. Das will die Sozialdemokratie verhindern und um es zu verhindern, ist sie bereit, jeder verfassungsmäßigen Regierung jede notwendige Unterstützung angedeihen zu lassen, die sie benötigt.

Aber nicht nur gegen die Nationalsozialisten und verwandten Geistesfinder, sondern auch gegen die Kommunisten, d. h. gegen den Bolschewismus, der ebenfalls und in erster Linie sein Ziel unter Anwendung der brutalen Gewalt und des Terrors zu erreichen sucht. Beiden gilt unsere Abwehr, gegen beide unsere händige und immer dringlichere Forderung an die Regierung: Sichert den Staat gegen seine Todfeinde auf der äußersten Rechten und auf der äußersten Linken.

Beamtenbank und Berliner Grundstücksgesellschaft Gudrun

In unserer Meldung über die Verhältnisse der „Gudrun“ Grundstücksgesellschaft m.B.H. erhalten wir vom Deutschen Beamten-Gesellschaftsverband gegenüber den der A.B.C.-Korrespondenz entnommenen Mitteilungen folgende Darstellung:

Die badiische Beamtenbank hat im Jahre 1926 als Geldanlage Hypotheken auf den Grundbesitz der Gesellschaft innerhalb hantamäta üblicher Grenzen angesetzt.

Im Interesse der Uebernahme der Geldanlage sind Vorstandsmitglieder der badiischen Beamtenbank auf Veranlassung ihrer Verwaltungsgesellschaft mit der Geschäftsführung der „Gudrun“ Grundstücksgesellschaft m.B.H. beauftragt worden.

Die „Gudrun“ Grundstücksgesellschaft m.B.H. befindet sich keineswegs in Zahlungsunfähigkeit. Vermögensverwaltung und Vermögensverfeinerung sind vielmehr von der badiischen Beamtenbank selbst nur zur Vereinfachung der Grundbuchverhältnisse eingeleitet worden, so daß durch diese Maßnahmen keinerlei Nachteile für die Bank entstehen können.

Die in der Notiz zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen können wir auf Grund unserer Revisionen als völlig unbegründet beschreiben. Es handelt sich nicht um spekulative Grundstücksgeschäfte, sondern um hypothekarisch gesicherte Kapitalanlagen, die nicht über den Rahmen einer Bank von der Größe der badiischen Beamtenbank hinausgehen.

Hitler und Hervé

Der Großmogul an den Großmogul

Vor dem Kriege war der französische Journalist Gustav Hervé als Antimilitarist bekannt. Am Kriege wurde er dann einer der mächtigsten französischen Chauvinisten. Nach dem Kriege hatte er immer das Bedürfnis, von sich reden zu machen. Das Wie war ihm dabei nebensächlich. Nur mickten seine Auffassungen recht extrem sein, damit von ihm gesprochen werde. Eine Bedeutung kam ihm jedoch nicht zu, da sein Blatt, die Victoire, sehr klein ist und es keinem französischen Politiker einfällt, sich hinter Hervé zu stellen. Von dieser satirischen Situation aus, ist auch eine Diskussion zu werten, die in den letzten Tagen sich zwischen Hervé und Hitler entzweit.

Hervé zur Antwort Hitlers

Paris, 26. Okt. In der Victoire nimmt Hervé zu der Antwort Stellung, die Hitler auf seinen Vorschlag auf Annäherung der Reichsparteien in Deutschland an Frankreich erteilt hat. Hervé erklärt, die Ausführungen des badiischen Beobachters stellen keine Antwort auf seine erst zu nehmenden Vorschläge dar. Er wolle seinerseits eine klare Stellungnahme abwarten, um zu wissen, wie er in Frankreich sein Eintreten zu Gunsten der deutsch-französischen Annäherung finitist orientieren müsse.

Die Wahlreform im Reichstag

Die Ausschüsse des Reichsrats haben die erste Beratung der Regierungsvorlage über die Wahlreform abgeschlossen. Eine zweite Lesung ist für den 3. November in Aussicht genommen. Die Beschließung der Wahlreformvorlage durch das Plenum des Reichsrats dürfte dann am Donnerstag, 6. November, erfolgen.

mengehenden Deutschlands und Frankreichs sei: „Streichung der Reparationslasten nach Annulierung der alliierten Schulden durch Amerika, Rückgabe des Saargebiets, Anchluss Oesterreichs, Rückgabe Togos und Kameruns, deutsch-französisches Militärbündnis, deutsche Aufrüstung, Intervention Frankreichs bei Polen für Rückgabe des Korridors.“

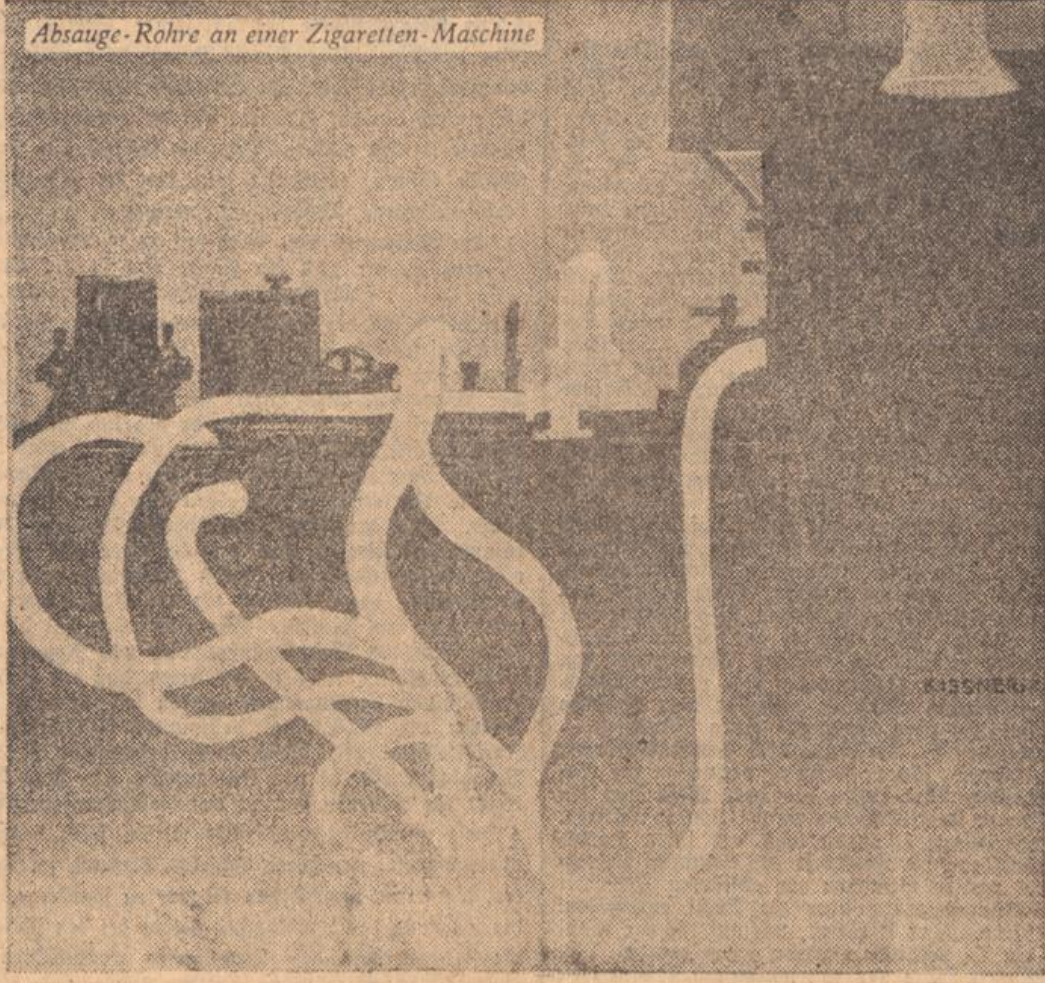
Herr Hitler, der sich als deutscher Großmogul sehr geschmeichelt fühlte, daß der ihm an Thierpoje gleichwertige französische Großmogul sich dermaßen seriös mit ihm beschäftigte, hat sich nun als ein haatsmännliche Postur erworben und — ohne mit den Vorschlägen Hervés sich näher auseinanderzusetzen — erklärt, „das deutsche Volk habe die ernste Absicht, mit allen geistigen Kulturleistungen und Mächten in Frieden und Freundschaft zu leben“, ein Militärbündnis sei nicht nötig, „wenn aber Frankreich seinen militärischen Beschränkungen auferlege, hat Deutschland selbst Aufrüstung zu gestatten, dann sei auch eine Tilgung der privatrechtlichen Schuldverpflichtungen leichter möglich.“ Der rechtlich verbindliche Charakter von Fiktionschulden steht zweifellos bei ihm fest und Deutschland werde auch in aller Zukunft seine privatrechtlichen Schuldverpflichtungen der Welt gegenüber ernst und getreu erfüllen. Es werde diese Erfüllung nur dann auf die Dauer garantieren können, wenn die ungerechten und wahnwitzigen politischen Erpressungen ein Ende nehmen. Der rechtliche Charakter von politischen Schulden werde selten von der Gegenwart, sondern fast nur von der Zukunft geklärt.

Man sieht, Herr Hitler hat sich bemüht, um ein würdiger Partner des französischen Großmoguls zu sein, ein haatsmännliches Mäntelchen umzuhängen, das zwar in diesem Falle für die Katz gekaut, da kein Mensch in Frankreich die Legitimation des Herrn Hervé anerkennt, das jedoch zeigt, daß auch Herrn Hitlers Außenpolitik in die Linie der Kompromisspolitik ausmündet, die sonst von den Nationalsozialisten so sehr bekämpft wird. Denn welcher Unterschied besteht noch zwischen dieser launischen Hitlerischen „Staatsmännerei“ und der Streifenmännchen Erfüllungspolitik? Nationalsozialistische Splitterrichter bereitet euch vor, ein Landesvertragsverfahren gegen die Kompromissmacherei eures Hökenheilens vorzubereiten!

Am wieder einmal Mittelpunkt eines Gesprächs zu werden, hat Hervé durch den Antimilitaristen Arnold Reberg bei Hitler auftragen lassen, ob er unter folgenden Bedingungen für ein Zulass-

Schichten-Korruption

Mussolini Starets und faschistische Völkerverwilderung
 Nationalsozialisten in Deutschland haben monatelang ihre
 damit bestritten, daß sie die Vorläufer der faschistischen
 Welt in Italien in alle Himmel hoben. Allmählich wird auch
 die faschistische Nationalsozialisten eingesehen haben, daß sich die Welt-
 kriegskrise um den italienischen Faschismus und seinen Erbo-
 Mussolini verteuert wenig kümmert. Die Krise wütet in
 ebenja, wenn nicht schlimmer, als in den demokratisch
 Industrielandern. Bleibt also der eine Trost, der Ita-
 und Mussolini sorgten für die „Reinheit der Wirtschaft“.
 Starets sei in Italien unumstößlich. Schön! Wir haben
 wie die um die Starets immer für Auswüchse des von
 bekämpften Kapitalismus und nicht für Auswüchse
 den Nationalsozialisten bekämpften Kommunismus gehalten.
 abgesehen: Italien hat mehr als einen Staretsfall!
 zunächst Riccardo Gualino in Turin. Man kann die Taten
 Riccardo Gualino nicht durchweg auf das Konto der italie-
 Inflation setzen. Sicherlich hat Gualino an den Schwanz
 der italienischen Währung verdient wie viele andere in
 Das haben Mussolini und der Faschismus nicht verhindert.
 Dabei erwieß sich Gualino als höchst konstruktiver Kopf.
 aus der Zementindustrie kam, baute den weltbekanntesten
 Kunstscheidungskongern, die Sita Biscola auf, die zunächst
 Handelsunternehmen, dann eine Reederei war und schließlich
 großen Gewinnchancen in der Kunstscheidungsindustrie ausnutzte.
 mit der Refektorienkonjunktur in der Kunstscheide zu Ende war,
 auch mit Gualino bergab. Die Sita wurde an das Ausland
 Leidtragende sind dabei auch deutsche Kunstscheidungs-
 Nach der Exkursion in Kunstscheide warf sich Gualino auf
 Gebiete, auf Kunstleder, auf Wein, auf Schokolade
 gründete Aktienkongerne. Das Bedenkliche und für die
 Wirtschaftskontrolle Blamable ist die Art und Weise,
 Gualino seine Gründungen finanzierte. Er gebrauchte dazu die
 Maricola Italiana. Das ist ein Institut, das mit einem
 Kapital von 75 Millionen Lire ausgerüstet ist und aus dem
 Volk mehr als 1 Milliarde Lire Spargelder heraus-
 Die Sparer, die der Banca Maricola Italiana ihre Spar-
 anvertrauten, sind die Betroffenen bei der ansässigen Affäre.
 letzten Tagen mußte zum Verkauf des Privatbesitzes Gualinos
 werden. Prächtige Villen, große Knechtstalle, alte und
 Meister kamen unter den Hammer. Wenn man schon einen
 mit Starets anstellen will, so muß man ja auch, daß die
 gegenüber Gualino Waisenknaben sind, daß die Kontrolle
 weit mehr verlagte und daß sich auf dem Boden des
 Regimes in Italien ein Baroneu- und ein Industrie-
 entwickelt hat, das feinesaleichen lücht.
 scheint das wesentliche zu sein und das macht den Fall des
 Gualino zu seiner Einzelscheinung. Der Faschismus ist
 Dünge für Korruption und geschäftliche Unmoral. Wir
 nur auf das Stahl- und Eisenwerk in Novi Ligure, das
 italienischen Staat nahesteht und das erhebliche Subventionen
 bezogen hat. Das Unternehmen zahlte in den letzten
 eine Dividende von 12 Prozent. Nun, nachdem seine Aktien
 Nullpunkt gesunken sind, stellt sich heraus, daß die Bilanzen
 waren und daß das Unternehmen faktisch seit Jahren
 ist. Alles das ging unter dem Deckmantel der faschistischen
 vor sich. Man internete nach außen günstige Geschäfts-
 vor, während der Meitegeger kreiste, wie man der Welt
 Karrieren in Italien erzählt, die in Wirklichkeit nur auf
 stehen und nicht durchzuführen werden.
 zwei Jahren veröffentlichte der bekannte faschistische
 Marinacci, der frühere Generalsekretär der Partei, in
 demokratischer Zeitung „Reime Fascista“ drei Artikel, die
 dem bisherigen Bürgermeister von Mailand, Belloni, sehr
 Anklagen enthielten. Belloni habe Politik und Geschäft
 und sein Amt als Bürgermeister der in Handel und Ge-
 führenden Stadt Italiens dazu mißbraucht, um in den Vor-
 einer Reihe von Aktiengesellschaften einzutreten, die den
 entgegengesetzten Interessen hatten. Als Belloni Bür-
 ger von Mailand war, so schrieb der sich in der Rolle eines
 schaffende Abacordnete von Cremona, „trat er in verschiedene
 Gesetze ein, um Geld mit Scheffeln zu verdienen“. Im be-
 nach warf Marinacci dem Exbürgermeister vor, die Stadt da-
 eine Reihe von Millionen geschädigt zu haben, daß er
 geschäftlich einer fiktiven Fiktion von 30 Millionen Dollar
 italienischen Bauhaus Dillon Read den Zuschlag gab, ob-
 bessere Angebote von der Banca Commerciale Italiana
 dem New Yorker Bankhaus Blair u. Co. vorlagen, und dadurch,
 die Mißbrauch an eine aus zweifelhaften Elementen be-
 und mit dem ganz unzureichenden Kapital von sage und
 100 Lire ausgestattete Genossenschaft übertrug. Mussolini
 darauf einen Untersuchungsausschuss ein. Im Prozeß hat
 so schlecht abgeschrieben, daß Marinacci freigesprochen wurde,
 den Wahrheitsbeweis durchzuführen konnte, nachdem schon
 Staatsanwalt bei seinem Widerspruch den Freispruch verlangt
 es ist nachgewiesen worden, daß Belloni sein Amt für seine
 Interessen mißbraucht hat. Weiter wurde ermittelt, daß
 als er Bürgermeister von Mailand war, vom Kredit
 ein Jahreskontingent von 250 000 Lire bezog. Der Bürger-
 von Mailand im Dienste einer Großbank mit einem riesigen
 aus Geheimfonds, das zeigt, daß der Faschismus, der die
 so laut als ein organisches Gebilde der Demokratie
 selber in sich trägt.
 Unterschied zwischen der Korruption in demokratischen Staa-
 der Korruption im faschistischen Italien scheint der zu sein.
 Demokratie Auswüchse eines hemmungslosen Kapitalismus
 an die Öffentlichkeit bringt und so eine Vereinnahmung
 während der Faschismus in Italien jahrelang den Mantel
 schweigens über diese Schweinereien deckte und Mussolini erst
 sehr verspätet — durchgreifen will. Wenn jetzt dieser Pro-
 zess in Italien nicht mehr ausreicht und die Skandale sich
 zeigen, dann scheint das daran zu liegen, daß die faschistische
 nicht finanziell knapp liegt und mit Subventionen nicht mehr
 herumkommen kann, wie es im internationalen Ansehen
 faschistischen Systems wohl angebracht wäre.
 sprechen zahlreiche Symptome dafür, daß in Italien Krisen-
 Zeit. Falls wäre es jedoch anzunehmen, daß bereits die
 von Mussolini geschlossen hat. Denn die Wahrheit über
 Lageverhältnisse in Italien lautet: Alle materielle und poli-
 tische Macht ist in den Händen des faschistischen Regimes. Alle
 Leben, zunächst einmal bedingungslos, zu seiner Verfügung.
 der Geistesseite gibt es nichts, gar nichts, keine Waffen, keine
 keine zentrale, sammelnde Kraftquelle. Alles zer-
 und zerstückelt. Niemand kann sich rühnen, ohne daß er
 wird. Es ist gar nicht daran zu denken, daß irgendeine
 Erhebung möglich ist, wenigstens solange Mussolini
 steht in Italien nicht vor seinem Ende, genau so wenig
 der Faschismus in Ruhestand wirklich erliegt ist. Dennoch
 der Faschismus, wenn er Hua geführt wird, zu Konzessionen
 Wie diese Konzessionen am Ende aussehen werden, dar-
 über noch nichts fest.



Absauge-Rohre an einer Zigaretten-Maschine

STAUBFREIE ZIGARETTEN

Während im täglichen Leben der Kampf gegen den Staub noch immer nicht entschieden ist, haben wir die Mittel gefunden, um unsern Zigaretten den bitteren Tabakstaub fernzuhalten. Von dem Augenblick an, wo in unsern Fabriken der Luftstrom die Blätter aus der Pressung des Tabakballens löst, gelangt der Tabak in ein ganzes System von Absaugevorrichtungen. Ist er gemischt und vom Messer der Schneide-Maschine zerteilt worden, so lassen wir das Schneidegut von einem Gebläse vier Stockwerke hochheben und fangen dabei den Staub in Filterkammern auf. Wenn der Tabak jetzt auch staubfrei ist, so können bei seiner weiteren Verarbeitung doch wieder neue Staubteilchen entstehen. Wir haben darum auch in der Zigarettenmaschine noch einmal stark verzweigte Saugrohre eingebaut, so daß schließlich nichts anderes in die Zigarette gelangen kann als gesäuberter und völlig entstaubter Tabak. Das ist der Grund, weshalb die Zigaretten von Haus Neuerburg so rein schmecken und auch so bekömmlich sind.



OVERSTOLZ
5 PF.
RAVENKLAU
6 PF.

staubfrei
 — schmecken
 niemals bitter!

Sie können unsere Angaben nachprüfen: Wenn Sie durch eine HAUS NEUERBURG-Zigarette blasen - che sie brennt -, so werden Sie keine Spur von Staub bemerken.

No. 4

Die evangelische Kirche im Kampf gegen sozialistische Pfarrer

Von religiös-sozialistischer Seite wird uns geschrieben: Die evangelische Kirche hat einen Sieb gegen die religiösen Sozialisten geführt, wie er unklug und härter nicht gedacht werden kann. Die evangelischen Sozialisten wollen in ihrer Kirche bleiben, sie kämpfen dort um Gleichachtung mit ihren bürgerlichen Glaubensgenossen, eine Gleichachtung, die ihnen das in der Vergangenheit verwurzelte Kirchenregiment nicht gewährt. So beteiligen sich die evangelischen Sozialisten an den Kirchenwahlen, weil die evangelische Kirche auf demokratischer Grundlage ruht. Kraft des demokratischen Wahlrechts müßte also die Möglichkeit sein, die heute in der Kirche herrschenden Gruppen zu Fall zu bringen. Aber ein auf das flache Land ausgerichteter sozialistischer Wahlkampf ist die vornehmlich aus der Stadt kommenden sozialistischen Stimmen wieder aus. Die in der Kirche befindlichen Sozialisten sind jetzt zwar ausgewacht und haben bei — örtlichen Kirchenwahlen ganz bedeutende Erfolge gehabt. Die Folge müßte sein, daß schon heute landauf, landab all Sonntag sozialistische Pfarrer von den Kanzeln predigen. Das ist aber nicht so. Weil auf dem positiven Pfarrer die positive Kirchenregierung ruht, deshalb muß durch die positive Kirchenregierung die Wahl sozialistischer Pfarrer verhindert werden. Das man zu diesem Zwecke vor feinem Mittel zurückdreht, zeigt folgender Fall:

Bei den Kirchenwahlen im Jahre 1926 fielen auf die sozialistische Liste in Karlsruhe über zweitausend Stimmen, während auf die liberale und positive Liste über dreitausend Stimmen kamen. Mit Argusaugen wachte die positive Gruppe bisher darauf, daß in dort, wo die liberalen Stimmen zurückgingen, an gegebener Zeit ein positiver Pfarrer einzog. Diese positive Herrschaft ging so weit, daß in der Synode einmal ein positiver Pfarrer aus den Bruchteilen eines Prozentes den Anspruch auf eine positive Pfarrstelle gegenüber den Liberalen abwehrte. Wendet man dieselbe Zahlenregel an — allerdings ohne Bruchteile eines Prozentes — so fallen auf die Sozialisten in Karlsruhe drei Gemeindepfarrer. Bis heute haben sie keinen. Schon dreimal verlustig die Sozialisten, bei freiwählenden Pfarrstellen auf dem Wege der Gemeindepfarrer einen Pfarrer ihrer Richtung durchs Ziel zu bringen. Vor über einem Jahre gelang es ihnen auch, auf ihren Kandidaten beim letzten Wahlgang die Mehrheit der Stimmen zu verzeichnen. Da aber ganz wenige Stimmen zur absoluten Mehrheit fehlten, mußte die Kirchenregierung über die Wahl entscheiden. Und sie entschied in salomonischer Weisheit, daß auf die zur Wahl gestandenen Pfarrer ein — positiver Pfarrer gesetzt werde. Für einen sozialistischen Pfarrer sollte aus den vorhandenen Parteien eine neue herausgeschnitten werden. Durch diesen Beschluß hatten die Positiven wieder Zeit gewonnen. Und es verging wieder ein Jahr und alles hinausgeschoben half nichts mehr. Die Kirchenregierung mußte wieder dazu Stellung nehmen.

Die religiösen Sozialisten glaubten, es könne der Ernennung ihres Kandidaten nichts mehr im Wege stehen, zumal sie einen Kandidaten präsentierten, der von der Berliner Universität zum Ehrendoktor ernannt ist und dessen Namen in der wissenschaftlichen Fachkreise internationalen Klang hat. Doch so rüchschritzlich, wie mancher denkt, sind die Positiven nicht. Sie lesen sogar die sozialistische Tagespresse. Und sucht, der findet. Und zwar fand sich das corpus delicti in der Mannheimer Volksstimme vom 22. Januar 1930. Die Volksstimme wollte auf dem Wege einer Kundstimmung die Meinung bekannter Persönlichkeiten zum § 218 erheben, um der Öffentlichkeit zu zeigen, wie diese Männer zur Abtreibung stehen. Und unter diesen Männern war auch der Kandidat der Karlsruher religiösen Sozialisten für eine dortige Pfarrei. Der betreffende Pfarrer ist gar nicht für die Abtreibung, sondern nur für eine Milderung des § 218. Die betreffende Stelle in der Volksstimme lautet:

Nun bin ich beim heutigen Stand der Dinge allerdings nicht in der Lage, für völlige Aufhebung des § 218 einzutreten. Denn wie das Strafgesetz das Leben jedes geborenen Menschen schützt, so muß es auch das Leben des ungeborenen, über das auch die Mutter nicht frei verfügen kann, schützen. Ferner hat die Gesellschaft, heute die Staatsgemeinschaft, ein so starkes Interesse an Fortpflanzung von Leben, als daß es sie dem freien Ermessen der Individuen anheimstellen könnte. Das heißt aber nicht, daß der § 218 in der heutigen Form bleibt. Jedenfalls muß das Strafmaß erheblich gemildert und müssen straffreie Möglichkeiten der Schwangerschaftsunterbrechung offen bleiben. In der Regel sollte sie zulässig sein nach einer bestimmten Zahl von Geburten, etwa nach der Geburt des vierten Kindes. Ob man die Zulässigkeit des Eingriffs auf eine bestimmte Zeitperiode der Schwangerschaft beschränkt, etwa auf die ersten drei Monate, muß der Richter entscheiden. An sich ist nicht einzusehen, warum bei später erst eintretenden triftigen Gründen der Eingriff nicht auch zulässig sein sollte.

Der kundige Thebaner wußte, warum die Positiven so über diese Stelle herfielen. Jetzt hätte man einen „Grund“, um den betreffenden Herrn als sozialistischen Pfarrer in Karlsruhe zu Fall zu bringen. Da der sozialistische Pfarrkandidat für Karlsruhe an einer deutschen Universität über Ethik Vorlesungen hält und so schon von Berufswegen über solche Fragen nachdenken muß, hat er, als er von den positiven Zeitungsangriffen wegen seines Artikels in der Volksstimme hörte, in gerechter Empörung geschrieben:

„L. Briens neiaß ich heuer eher dazu, den § 218 ganz aufzuheben und die Frage der Abtreibung ganz der moralischen und gesellschaftlich-wirtschaftlichen Befähigung zu überlassen, obwohl auch diese Lösung ihre Schattenseite hat. Vielleicht haben die Herren Positiven eine vollkommene Patentlösung, die sie dann aber auch in ihren eigenen Eben anwenden müßten.“

Das war eine erbliche und offene Antwort, aber damit hätte er sich auch das Todesurteil in den Augen der Positiven gesprochen. Trotz Ehren doktor, trotz Professur an einer deutschen Universität, ist er für eine hadische Pfarrei untauglich. Hätte er geschwiegen, so wäre er heute Pfarrer in Karlsruhe. Oder auch nicht, denn er ist ja religiöser Sozialist!

Großes Waffenlager in Westfalen gefunden

Beamte der politischen Polizei in Dortmund nahmen auf dem Gute des verstorbenen Fehr v. Lardsberg-Wehlen, Abhausen bei Finnentrop, eine Suche nach Waffen vor, die nach einer bei der Polizei erfolgten Anzeige sich dort befinden sollten. Es wurden auch tatsächlich 150 Infanteriewehre, Modell 98, gefunden, denen aber die Schiffe fehlen. Diese fand man später bei dem Privatforster des Gutes vor, der in einem Nachbarort wohnt. Außerdem hatte der Förster noch 7000 Schuß Infanteriemunition in Verwahrung.

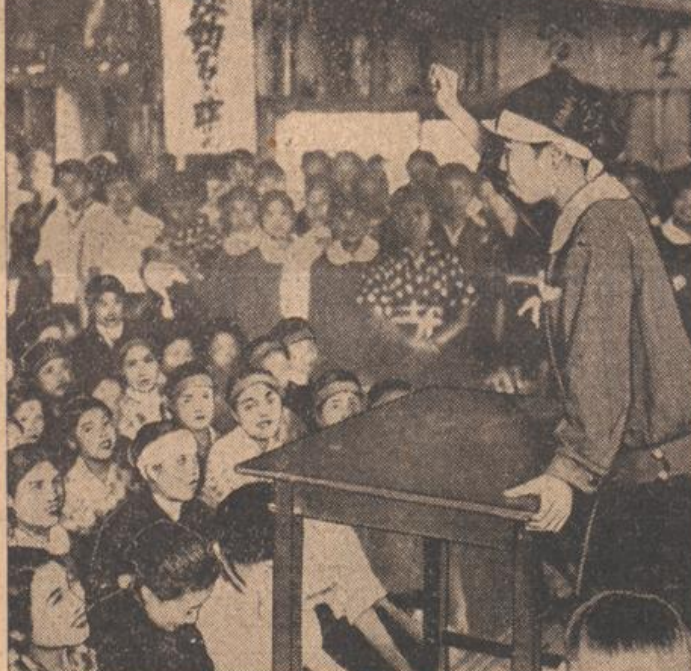
Wahnsinnige Wirtschaftspolitik

Agrarische Interessentengruppen gegen die deutsche Wirtschaft Das Reichskabinett hat in seiner Samstagssitzung beschlossen, teils durch gesetzliche Ermächtigung, teils auch auf dem Verordnungsweg eine Reihe agrarpolitischer Bestimmungen durchzuführen, die einfach als ein Attentat auf die nichtagrarische Wirtschaft bezeichnet werden müssen. Was die Schiele und Genossen dabei im Schilde führen, erahnt sich aus den im geistigen Reichsanzeiger veröffentlichten Verordnungen, wonach

der Weizenzoll von 18.50 auf 25 Reichsmark pro Doppelzentner, der Zoll für Gerste von 15 auf 20 Reichsmark pro Doppelzentner erhöht werden.

Gleichzeitig soll der Zoll für Hartweizen zur Herstellung von Hartweizengrieß von 18.50 auf 11.25 Reichsmark pro Doppelzentner herabgesetzt werden, und zwar mit Wirkung vom 3. November an. Der Weizenzoll wird durch die exorbitante Erhöhung auf 25 Reichsmark pro Tonne auf mehr als 100 Prozent des augenblicklichen inländischen Weizenpreises und auf über 230 Prozent des Weltmarktpreises gebracht, und dies in demselben Augenblick, wo sich die Regierung allenthalben für Preisentsetzungsaktionen stark macht. Auch der Gerstenzoll überschreitet jetzt 100 Prozent des inländischen Preises und erreicht sogar 300 Prozent des Weltmarktpreises. Gegenüber diesen Zollsteigerungen fällt die geringe Ermäßigung des Zolles für die Herstellung von Hartweizengrieß nicht ins Gewicht. Wie man hört, hat die Reichsregierung heute auch den Beihilfensatz von Roggenmehl zu Weizenmehl beschlossen, nicht in der Form, daß die Beihilfung bei der Vermahlung vorgenommen werden soll, sondern so, daß von den Bäckern zur Herstellung bestimmter Gebäckarten Roggen- oder Kartofoelmehl dem Weizenmehl beigemischt werden soll. Dieser Vorstoß entspricht den Anreagungen, die Herr Drewh als Vertreter der Bäckermeister an den Reichsanwalt gebracht hat.

Diese neueste agrarpolitische Aktion wird hauptsächlich deshalb unternommen, um Herrn Schiele Stellung im Landbund zu stärken, die seiner persönlichen Gegner zu schwächen, ebenso will man der Führung des Landbundes helfen bei den schweren Differenzen, die sie innerhalb des Landbundes auszufechten hat. Das ist Partei- und Interessentenpolitik, an die freilich die Schiele und Genossen von jeher gewöhnt sind. Sollte das Kabinett Brünings so weiter die Wünsche der agrarpolitischen Interessentengruppen restlos erfüllen, braucht es sich nicht über neue politische Stürme im Reichstage zu wundern.



Streit auch in Japan Eine Streikführerin bei ihrer Ansprache an die Arbeiterinnen der Kametofabrik in Tokio. Auch in Japan hat ein Streik begonnen, der sich heftig auf die Wirtschaft des Landes auszuwirken droht: Die Seidenfabrikarbeiter in Tokio haben die Arbeit niedergelegt.

Wirklich vaterlandsloses Gefindel

Jährlich werden in der Landwirtschaft über 100 000 polnische Landarbeiter beschäftigt, obgleich es in Deutschland über drei Millionen Arbeitsuchende gibt. Die ostelbischen Großgrundbesitzer, die mit diesen Wanderarbeiterkontingenzen noch nicht zufrieden sind, beschäftigen darüber hinaus noch illegal eine beträchtliche Anzahl polnischer Arbeiter, die über die Grenze geschmuggelt werden. Eine Kommission des ostpreussischen Landesarbeitsamtes hat in diesen Tagen auf dem Gut Groß-Grieben, das dem General Hell, dem Landesverbandsvorsitzenden der Deutschnationalen Volkspartei, gehört, festgestellt, daß etwa 90 polnische Wanderarbeiter illegal beschäftigt wurden. Der Herr General ließ sich vor der Kommission nicht sehen, die Frau General aber, die von dem Einrücken der Kommission benachrichtigt worden war, führte höchst eigenhändig die illegalen polnischen Wanderarbeiter in eine nahegelegene Waldung, um sie dort zu verbergen. So handelt ein ostpreussischer Großgrundbesitzer, ein Führer der Deutschnationalen und ehemaliger General, und so wie er handeln viele seiner ostelbischen Kollegen.

Eine Woche Hakenkreuz

Worte und Taten der Nationalsozialisten

1. Nach der Eröffnung des Reichstags zogen nationalsozialistische Bänder nach der Leipziger Straße und warfen dort mit Schreien die Schaulustler ein. Von den bei diesen Krawallen festgenommenen 103 Personen gehörten 45 der Nationalsozialistischen Bewegung an, weitere 55 erklärten, daß sie mit den Hakenkreuzern sympathisierten.
2. Der nationalsozialistische Reichstagsabg. Dr. Franken, stellvertretender Ministerpräsident Braunschweig, ist der Begünstigung bei der Vergebung überführt worden. Franken hat der Polizei gegenüber behauptet, der nationalsozialistische Agitator Guth, der mit falschen Abgeordnetenliste erlauft wurde, sei der nationalsozialistische Landtagsabgeordnete Lohse.
3. Im Wäldchen Beobachter vom 14. Oktober 1930 erklärte der nationalsozialistische Reichstagsabg. Dr. Feder: „Ein bewußter nationaler Staat kann nicht eine Nebenregierung von Bankiers dulden.“ Kurze Zeit vorher hat Dr. von Stauff, Direktor der Deutschen Bank und Diktatorgesellschaft, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Volkspartei, den nationalsozialistischen Führern Frühstück gegeben, bei dem der Feldzugsplan zur Bekämpfung der Sozialdemokraten Lohse vom Amt des Reichstagspräsidenten schmeidet wurde. Der Großbankdirektor v. Stauff ist mehr als ein faches Aufsichtsratsmitglied.
4. Die Nationalsozialisten stimmten für den vormaligen Führer Dr. Scholz als Präsidenten des Reichstags. Scholz, ein Vertreter der Deutschen Volkspartei, der Partei des Großkapitals, ist er noch mehrfaches Aufsichtsratsmitglied.
5. Im vorigen Reichstag hatten die Hakenkreuzler folgenden Antrag gestellt: „Wer durch Vermischung mit Angehörigen der jüdischen Blutgemeinschaft oder farbigen Rasse zur Rassenerbterung und Zersetzung des deutschen Volkes beiträgt, oder dessen Leben droht, wird wegen Rassenverrats mit Haftstrafe bestraft.“ Der Reichstagspräsident hat den Nationalsozialisten Dr. Scholz eine Kabin zu Frau.
6. Reichstagspräsident Lohse hat sofort nach seiner Wahl erklärt, daß er auf die Hälfte der ihm zuzurechnenden Aufwandsentschädigung verzichte. Schon vorher hat Lohse den größten Teil dieser wachsenden Entschädigung für soziale Zwecke hingegeben. Zur Zeit mit diesem Verzicht Lohses wird bekannt, daß der nationalsozialistische Führer Adolf Hitler für ein Interview in der amerikanischen Hearstzeitung pro Wort einen Dollar, im ganzen 2000 Dollar oder mehr als 12 000 Reichsmark erhalten hat. Der Geldbedarf Adolf Hitlers für seine persönlichen Zwecke wird etwa 4000 Reichsmark geschätzt.
7. Im Wahlkampf haben die Hakenkreuzler die „Zerreißen des Youngplans“ gefordert. Am 4. Oktober 1930 hat dagegen der Führer gegenüber einem Vertreter der amerikanischen Kapitalisten Karl v. Wiegand erklärt, daß keine Partei, „Erlösung der Welt“ durch den Youngplan“ verlangen und „peinlich alle angenommenen Verpflichtungen erfüllen“ werde.
8. Der Reichstagsabg. Goering hat im Namen der Nationalsozialistischen Partei an das Britische Luftfahrtministerium nach Unglück in Frankreich ein Beileidstelegramm geschickt. Die Hakenkreuzler haben früher jeden als „Vaterlandsverräter“ bezeichnet, der keine internationale Gesinnung in ähnlicher Weise äußert.
9. Vor den Wahlen verlangte der nationalsozialistische Abgeordnete Rosenberger, Redakteur des Wäldchen Beobachter, die Verhaftung der Immunität der Abgeordneten. Die nationalsozialistische Reichstagsfraktion verlangt aber jetzt mit Berufung auf die Verhaftung die Einleitung von Strafverfahren gegen 25 ihrer Mitglieder. In 185 Fällen anhaftend sind. An der Spitze steht der Abg. Dr. Straßer mit 27 Strafverfahren, ihm folgen der Pfarrer Müller mit 24 Strafverfahren, der nationalsozialistische Gauleiter mit 21 Strafverfahren, Dr. Goebbels mit 14, der Reichstagsabg. Lehner Wagner mit 13 und Herr Feder mit 10 Strafverfahren.
10. Der nationalsozialistische Abg. Feder schloß eine Rede mit dem Gebet: „Herr mach uns frei von Betrug und Verrat.“ Der Reichstagsabg. hat am 9. November 1923 als Finanzminister des Reiches ein Verbot erlassen, die jede Veränderung der Vermögensverhältnisse des Reiches bedrohte. Gegenüber vorher hat Feder bei seiner Bank die Auslieferung seiner Aktien an den Betrug von 40 000 Goldmark verlangt.
11. 15. November ist dieses Aktiendepot einem Mittelsmann ausgeliefert worden.
12. Diese nationalsozialistische Reichstagsfraktion fordert die Abschaffung der Enteignung des gesamten Vermögens der Juden und Börsenrücker sowie die entschädigungslose Enteignung des gesamten Vermögens der Juden, Revolutionen, Kriege, Revolutionen und Deflationsergebnisse. Aber sie verlangt nur eine Enteignung über von der Regierung, in der Hoffnung und in der Erwartung, daß sie diesem Verlangen nicht nachkommt.

Kombenanschlag gegen Otto Bauer

Wien, 26. Okt. Nach einer Meldung der sozialdemokratischen Korrespondenz aus Innsbruck wurde vor Beginn einer sozialdemokratischen Versammlung, in der der Abg. Dr. Bauer sprach, der Rednertribüne eine Bombe mit Zündschnur angebracht, die durch die Zündschnur in Brand setzen sollte. Die Zündschnur wurde durch die Zündschnur in Brand setzen sollte. Die Zündschnur wurde durch die Zündschnur in Brand setzen sollte.

Nur wenn es kein Fleiß gibt, kann man zu Trübsal, Ölöpfen, Hausoffeln usw. nach dem Talibata Topf auf den Tisch bringen mit **MAGGI'S Bratensoße** — der kochfertigen Soße in Würselform — Nur mit Wasser zu kochen. — 1 Dose 15 Pfg. — Das MAGGI bringt, ist gut.



Groß-Karlsruhe



Geschichtskalender

27. Oktober: 1563 Michael Servet verbrannt. — 1728 *Engländer Seefahrer James Cook. — 1880 Ausweisung von Sozialdemokraten aus Hamburg-Altona. — 1899 Mergenthaler, Erfinder einer Setzmaschine. — 1923 Rührer Putzmittel: Süßruder 10 Jahre Bestand.

Sittlertheater

Der Führer erließ einen Aufruf zur Gründung einer nationalsozialistischen „Versuchsbühne“ und forderte Berufsschauspieler und -schauspielerinnen zur Mitarbeit auf. In Anbetracht des rein auf idealtätige Kasseffekte eingestellten Auftretens der Sittlertheater, ihrer von beachtenswerter Regiekunst zeugenden Sprechweise in und außerhalb des Reichstags und ihrer mehrfachen „Bomben“-erfolge lag eine solche Gründung eigentlich in der Luft und konnte schon längst erwartet werden. Tritt hinzu die naturgewachsene Schauspielerei der Nazibühnen, die sich prachtvoll in Szene zu setzen wissen, wie der „Ost“ selbst, von dem ein ehemaliger Pa. verraten hat, daß er die Gesetze zu seinen Reden vor dem Reichstag einstudierte! Die nationalsozialistische Sache an sich schreit also förmlich nach Regie- und Kulissenarbeit. Indessen gehört keine starke Propagandagebung dazu, um der neuen Bühne ein katastrophales finanzielles und künstlerisches Fiasko vorauszusagen zu können. Ein Spezialtheater kann nur getragen werden von einer Klassen- und weltanschauungsmäßig homogenen Besuchermasse. Anders läßt sich ein Repertoire auf die Dauer nicht zusammenstellen. Nun finden sich in der Sittlerbewegung Ritzler der der allererregendsten Volksstücken zusammen, denen eine Bühne, wenn sie nicht lediglich Parteikabarett oder Tangelang sein will, weltanschaulich Rechnung tragen muß. Wollen die Sittler ihren arbeitslosen Gönnern, der salbungsfähigsten Schicht, etwas bieten, so müssen sie diese Feindschmecker mit einer reichlich parodierten Kost anlocken, und das Theater sinkt mit schwindender Schnelligkeit zum Amüsiertheater herab. Solche Literaturware dürfte aber bei den behäbigen Kleinbürgern auf Widerstand stoßen, eine Schicht, die künstlerisch lethargisch und absolut steril ist, für ein Theaterpublikum also nicht in Frage kommt. Bleibt als Rest das Proletenpublikum, die sich vom Nationalsozialismus so etwas wie eine Umwandlung der sozialen Verhältnisse erhoffen. Diese Leute werden gar nicht auf ihre Kosten kommen, weil dem Regi-Intendant die Rücksicht auf seine feinen Besucher alle sozialen Tendenzen verbietet. Er wird sich also der bürgerlichen Kunst in die Arme werfen müssen, eine Kunst, so bekant und müde, und so mit Verfallserscheinungen behaftet, daß sie nichts in die Zukunft Weisendes mehr besitzt. Die nationalsozialistische Bühne wird nach einer kurzen, irrenden Scheinbahn aus Mangel an Stoff und Besuchern ihre Pforten schließen. Nebenbei ist diese Art von Gesinnungstheater ein hundertprozentig marxistischer Giftkeim und von A bis Z dem Agitprop der Sowjet-Union abgepaßt.

Wie ist der allgemeinen Arbeitslosigkeit abzuwehren?

Man schreibt uns: Diesen Auspruch beschäftigt schon seit Monaten bzw. bald Jahren die Behörden, Gewerkschaften und am Ende erst recht den, den es eigentlich angeht. Gewiß bestehen nicht bloß in dem gerarnten Deutschland derartige Zustände, sondern die allgemeine Arbeitslosigkeit ist auf der ganzen Welt und dadurch auch eine Weltfrage geworden. In Deutschland selbst könnten aber, wenn überall die Verhältnisse liegen wie in Karlsruhe, manchem arbeitslosen Familienvater zur Arbeit nachgeholfen werden, wenn ganz besonders die Behörden und auch die Privatfirmen, einmal die Verhältnisse ihrer Beamten und Angestellten etwas näher untersuchen würden und der Not der Zeit gehorchend, endlich mit den Doppelverdienern aufzukommen würden. Nach monatelanger gesammeltem Material sind in Karlsruhe allein etwa 5000 Doppelverdiener, ohne die Töchter der hohen Beamten, welche ein Gehalt beziehen, das ausreichen würde, um die Töchter auszustatten. Früher, vor dem Kriege war es einem Regierungsrat unter seiner Würde, seine Tochter auf einem Büro oder als Laborantin zu beschäftigen. Gewiß sind die Verhältnisse verschieden und steht laut Verfassung jedem Deutschen das Recht auf Arbeit zu, doch bleibt jetzt nur noch die moralische Seite der augenblicklichen Lage zu betrachten. Ist es denn notwendig, daß eine Familie, deren Vorstand 1500 M pro Monat bezieht, keine beiden Töchter noch auf demselben Büro mit je 150 M beschäftigen kann? Die Dienststellen haben davon Kenntnis und doch wird keine Abhilfe geschaffen. Da steht auf der Gegenseite ein durch die Verhältnisse unter die Räder gekommener selbständiger Geschäftsmann, der nur auf die Wohlfahrtsunterstützung angewiesen ist und für seine Frau und für sich monatlich 45 M erhält. Für Verheiratete ohne Kinder wird keine Rente bezahlt. Ich frage nun jeden Leser, wie muß es dem Geschäftsmann sein, wenn seine Hausmitbewohner im Ueberflus leben und er am Summertag nagen muß. Er fragt sich dann auch, gibt es in Deutschland keine Gerechtigkeit mehr. Unter dem gesammelten Material gibt es jedoch noch manche Verhältnisse zu beleuchten, die doch hoffentlich dazu ansetzen sein werden, wie schon gesagt, diesen Zuständen ein Ende zu machen. Ein Beispiel darf ich noch erwähnen, welches jedoch nicht das einzige in Karlsruhe ist und dafür spricht, daß die Behörden keinen Einbild in die tatsächlichen Verhältnisse ihrer Beamten und Angestellten haben wollen! Es beschäftigt z. B. das Finanzamt Karlsruhe einen Sekretär, dessen Frau beim Volkshochamt Karlsruhe beschäftigt ist. Die Mutter dieser Familie bezieht selbst noch Pension. Diese Familie hat sich erlauben können, eine Reise nach Kairo zu machen, andere Familienmütter wissen aber nicht, wo sie ihr tägliches Brot hernehmen sollen. So beschäftigt die Stadtverwaltung noch viele Personen, deren Frauen teils in hiesigen Geschäften, Behördenbüros und als Bediensteten in hiesigen großen Restaurants tätig sind. Und wie sieht es bei der Beamtenkant aus?

Diese Zeilen werden gewiß keine zustimmende Aufnahme bei den Betroffenen finden, doch bitte ich alle, die sich hierdurch betroffen fühlen, etwas Nachsicht zu äußern und mir beizustimmen, daß jeder Deutsche das Recht auf Leben und Arbeit hat. Wenn besonders aber sollen die hiesigen Behörden, Firmen usw. der Verhältnisse Rechnung tragen und nur einen Wohlstand beherzigen: „Daraus aus den Betrieben mit den Doppelverdienern!“ Alle Rücksicht vor der Firma Opel in Rüsselsheim, die es fertig gebracht hat, ihre sämtlichen Doppelverdiener zu entlassen. Bei den Staatsbehörden ist die Entlassung der Doppelverdiener vielleicht nicht so einfach, aber bei gutem Willen ist manches zu machen. Es bleibt aber in solchen Fällen für sämtliche Parteien eine gewisse dankbare Aufgabe, im Reichs- und Landtage einen Antrag einzubringen, der jedem Geschäftsmann gegen hohe Geldstrafe verbietet, Doppelverdiener zu beschäftigen.

(*) Erdbebenmeldung. Die Seismographen des Naturwissenschaftlichen Vereins im Geodätischen Institut der Technischen Hochschule Karlsruhe registrierten gestern morgen heftige Erdstöße. Der Beginn des ersten Stoßes fiel auf 8 Uhr 15.8 Minuten. Bevor die Apparate zur Ruhe kamen, erreichte

Ehrungen für Uthmann und Robert Seidel

Stiftungskonzert des Gesangvereins Typographia Karlsruhe

Die Typographia verband ihr diesjähriges Stiftungskonzert mit einer Gedächtnisfeier, die der Erinnerung an das Werk zweier Großen aus dem Reiche der Arbeiterdichtung gewidmet war: dem toten Sänger Uthmann und dem lebenden Dichter Robert Seidel. Letzterer war aus Zürich gekommen, um an dem Fest teilzunehmen, das eine dankbare Sängerschaft ihm bereitet. Der Vorsitzende Genosse M. Blanke gab der Freude und der Genugtuung der Typographia Ausdruck, den großen Dichter in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen. Dann gedachte er des toten Liederkomponisten Uthmann, der vor zehn Jahren aus dem Leben geschieden ist. Blanke entwarf in kurzen markanten Zügen ein Lebensbild des heute in allen Sängerkreisen bekannten und hochgeschätzten Lieddichters. Er kam aus den ärmlichsten Verhältnissen. Armut, Sorge und Elend waren seine treuen Begleiter. Seiner großen musikalischen Begabung und einer Arbeitskraft von unbeschreiblichen Ausmaßen verdankt man eine kaum übersehbar Chorliteratur, unter der sich eine Reihe Werke befindet, die mit zum Besten zählt, was wir in dieser Kunstgattung besitzen. Uthmann ist in der ganzen Welt bekannt. Er wußte um die Not des Volkes, wußte um das Herz seiner schaffenden Brüder; für sie hat er gesungen. Uthmann wurde der Sänger für Freiheit und Recht.

Seidel ist der moderne Sänger mit Peier und Schwert. In seinen brauenden und begeisterten Dichtungen führt er eine scharfe Waffe gegen alle Unterdrückung und geistige Knechtung. Er kämpfte einen unermüdbaren Kampf gegen Krieg und Zerstörung und für den Aufstieg der Arbeiterklasse. Uthmann und Seidel haben sich beide das gleiche Ziel gesetzt: sie entflammten den Mut, sie find die Bannerträger für die geistige Befreiung. Die gedankenreichen, nicht in alltäglicher Form gehaltenen Ausführungen Blankes boten der interessierten Zuhörerschaft, die die Festhalle füllte, ein plastisches Lebensbild zweier großer Arbeiterführer. Das Sängerkonzert, das die Typographia den beiden Meistern, dem Toten und dem Lebenden, brachte, kam aus überzuletem Herzen. Mit festen Schritten betrat der achtzigjährige Seidel das Podium, um sich für die Ehre zu bedanken. Es fiel anfanglich dem großen Meister und Dichter schwer, Worte des Dankes zu finden, denn stichtliche Rührung hemmte die Sprache. Seidel sprach dann, daß die Dichter tiefer fühlen, aber auch tiefer leiden müssen. Aus den wenigen unangenehmen Worten, richtete, dann ein aufrichtiger Trost, der doppelt wohl tat, weil er aus dem Munde eines geklärten Mannes kam, der von hoher Warte aus den Weitenlauf verfolgte. Seidel glaubt an die Menschheit und ihren Sieg. Vorberreiter mit einer roten Schleife waren das sichtbare Zeichen der Ehre, die Seidel zu teil wurde.

Chordirektor Herbold hat die von Uthmann vertonten Verse Seidels von der großen, schönen, freien und herrlichen Menschheits-Symphonie in sein festlich gestaltetes Konzertprogramm aufgenommen. Wenn man Seidel hat hören und den von jeder Note abgehenden Menschen mit seinen durchgeistigten Zügen gesehen hat, gewinnt der tiefe Gehalt dieser Dichtung erhöhten Wert. Dadurch, daß Chordirektor Herbold zwei Uthmann-Gedichte mit Orchester aufgeführt, bekam man erst das richtige Bild von der mächtigsten Gestaltungskraft des Ieders von uns zu früh genommenen Komponisten. Das heilige Feuer ist allgemein vom Orchester untermalt, es wirkt im Original mächtig, urkräftig. Die Typographen langen es mit flammender Begeisterung. Es war eine Verkörperung, die man nicht so leicht vergessen wird. Aber auch die übrigen Werke waren alle mit unendlicher Sorgfalt einstudiert. Chordirektor Herbold betonte bei jedem der Sätze die charakteristischen Eigenartlichkeiten. Er löst bei seinen Dispositionen auf seine großen Schwierigkeiten, denn sein Chor setzt sich aus Elementen zusammen, die auf Grund ihres Berufes auf minutiöse Arbeit eingeübt sind. Das Stimmmaterial der Typographia hat außerordentlichen Wohlklang, er ist gleichmäßig verteilt, das gibt allen Wörtern eine einbruchsstarke Prägung. Die Aufnahme von Werken von Mozart in das Programm gab seiner Zusammenstellung einen feierlichen Charakter. Staatschauspieler Vietz trat eine Reihe Gedichte von Seidel vor. Der Künstler war anfanglich nicht mit den akustischen Verhältnissen unserer Festhalle vertraut. Erst allmählich gewann das wohlklingende Organ an Volumen und bei den letzten Gedichten stellte sich auch der zündende Funke ein. Konzertmeister Volz spielte vollendet das A-Dur Violinkonzert. Der große blühende Ton Volz's, seine klassische Auffassung, die technische Meisterschaft, mit der die

Raketen wiedergegeben wurden, fanden bei der Zuhörerschaft höchste Bewunderung. Das Gemeinschaftsorchestr spielte das Violinkonzert außerst distret. Kapellmeister Gude mit seinen Leuten bestatt zu musizieren. Die weit geschleifte Duvertüre fand beim Publikum lebhaften Beifall.

Morgenfeier zum 80. Geburtstag von Robert Seidel

Wiederum hatte sich das Gemeinschaftsorchestr der Zeitung seines bewährten Dirigenten Kurt Guhr zur Verfügung gestellt. Mit einem schwingend gespielten Krönungskonzert durch den Raum. Das Sängerkarillon unter der Leitung Karleldirigenten Josef Fuchs brachte das monströse Werk einer einbruchsstarke, wuchtigen, vollendeten Wiedergabe. Die Festrede hatte Genosse Robbich übernommen. Aus den von Gemütsruhe und großer Anteilnahme an dem Lebenswerk Robert Seidels getragenen Anträge kam die Verbundenheit Sängerkarillon mit dem Dichter, der ihrem Ziel und Streben Liebe Ausdruck gibt, und der nun am 23. Dezember seinen 80. Geburtstag feiert. Aus den Worten Genossen Robbich's erhob sich Leben des Geistesarbeiters und Dichters, das festlich war, viel Mühe und Arbeit barg. Als Proletariatskämpfer geboren, Seidel nie die Not und Sorgen der Klasse, aus der er gekommen war und zu der er sich unerschütterlich hielt. Seine Gedichte und sozialpädagogischen Arbeiten muten noch heute so modern an, wie vor 40 Jahren, als Seidel zum erstenmal vor die Öffentlichkeit trat. Die Verse, die Genosse Robbich zitierte, und deren Entschlossenheit in die letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts fällt, sind aktuell, als ob sie von den politischen Ereignissen der letzten hundert Jahre inspiriert seien. Die Einfachheit und Klarheit des Ausdrucks, der Schwung ihrer Verse, der tiefe ethische Gehalt ihrer Gedanken, deren Wollen in der Klasse lebt, geben ihnen die Vorbestimmung zum Volkslied.

Als Sozialpädagoge ist Seidel als erster für den Arbeitergedanken eingetreten, hat er schon vor 50 Jahren für die Volkshochschule gekämpft. In seinen Vorträgen hat er auf Karl Marx, wenn er in seiner Beweiskraft verstanden wurde, die Schule unentbehrlich mit Art und Form der Gesellschaft gelehrt. Erst durch die Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse sozialistischen Gemeinwesen kann die Schule wahre Arbeit werden, die jeden Menschen zum produktiven Mitarbeiter der Gemeinschaft erzieht. — Seidel hat mit seinen Arbeiten, unter der seine Antrittsvorlesung an der Universität Zürich „Ueber den bekannten Proletariat“ besondere Bedeutung beansprucht, viel für die Arbeit und die Arbeiterbewegung getan. Es ist ihm gelungen, als Friedensförderer und Vermittler zwischen den Klassen, als Seidel seiner inneren Mission gefolgt und hat seinem Volk seinen tiefen Hingebungen Ausdruck gegeben. In der Hand der Arbeiterklasse liegt es nun, Seidels geistigen Werk die praktische Wirkung zu erkämpfen. Möge den arbeitsliebenden Dichter die Volkshochschule, die ihm aus der Arbeiterkraft entgegengebracht wird, Unrecht vergessen lassen, das er erdulden mußte.

In humorvoller Weise, die den Dank des Jubilars für die aufteil gewordenen Ehre zum Ausdruck brachte, erzahlte Seidel, der mit langanhaltendem Beifall begrüßt wurde, Entwürfe seines Lebens. Aus seiner schlichten Art der Mitteilung war deutlich der schwere Kampf des aus Proletariatskreisen stammenden Mannes, dessen Ringen um Achtung und Anerkennung zu bitteren Enttäuschungen und Entmutigungen führt. Der Autor sprach von dem Leid, das ihm seine noch nicht vollendeten Werke bereitet, von seiner Arbeit über den unbekanntesten Teil der Abhandlung, die die Zusammenhänge von Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Pädagogik behandelt. Der Gläubigkeit des Dichters an die Jugend, deren begabten Elementen heute das Leben eine leichtere und bessere Entwicklung gebühret sei, als es selbst noch begehenden war, kam aus einem erfahrenen und überreuten Herzen.

Der Gläubigkeit des Sängerkarillons, der durch den Genossen Töpper dargebracht wurde, erfüllte alle Anwesenden mit Begeisterung, weil er dem verehrten Arbeiterdichter, der unter dem brennenden Hitz der taktträchtigen Diffe des Arbeiterbewegungsbundes auftrat, die lichtige Feier wurde mit der Massenfeier in die Phädra beendet.

zweiten Stoßes die Station. Die Erdentfernung beträgt etwa 400 Kilometer.

Die Polizei berichtet:

Verkehrsunfälle

Am Sonntag abend stießen Ede Kaiserstraße und Kießelstraße zwei Personenkraftwagen zusammen. An einem der beiden Fahrzeuge entstand ein Sachschaden von etwa 1500 M., während der Fahrer des anderen Wagens mit leichtem Sachschaden davonkam. Der Unfall wurde von beiden Seiten verschuldet.

Am Samstag nachmittag kollidierten in der Hardtstraße ein Motorradfahrer und ein Radfahrer. Beide kamen zu Fall und trugen leichte Verletzungen davon. Die Fahrzeuge wurden beschädigt. Der Motorradfahrer hatte die Verkehrsregeln außer Acht gelassen.

Am Samstag abend fiel ein Dienstmädchen von hier in der Gartenstraße aus bis jetzt noch unbekannter Ursache aus einem fahrenden Straßenbahnwagen. Sie erlitt eine leichte Gehirnerschütterung und eine Querschnittsfraktur am rechten Arm. Die Verletzte wurde mit dem Krankenauto nach dem Städt. Krankenhaus verbracht, von wo sie nach Anlegung eines Notverbandes zu ihren Angehörigen überführt werden konnte.

Ueber Sonntag ereigneten sich außerdem mehrere Verkehrsunfälle leichterer Art.

Bermitt

Das 16 Jahre alte Dienstmädchen Hilda Godelmann von Berabauten, das zuletzt hier in Stellung war, hat sich am 22. Oktober von seiner Dienststelle entfernt und ist bis heute noch nicht zurückgekehrt.

Alkohol und großer Unjug

Ueber Sonntag wurde die Polizei 20 Personen wegen Außerföhrung und großen Unjug zur Anzeige bringen. In 5 Fällen war vorübergehende Festnahme nötig. Eine Person gelang wegen Körperverletzung zur Anzeige. Fünf Personen wurden wegen Trunkenheit in der Öffentlichkeit angehalten.

Diebstähle

Ueber Sonntag wurden der Polizei fünf Fahrraddiebstähle gemeldet. Zwei Fahrräder wurden herrenlos aufgefunden. In einem Falle wurde ein 37 Jahre alter Dachbeder wurde ein Fahrrad ermittelte und hinter Schloß und Riegel gebracht. Dem Dieb wurde eine scharf geladene Schusswaffe abgenommen.

(*) 50 Jahre Handelskammer Karlsruhe. Die Handelskammer Karlsruhe kann im Laufe dieses Jahres auf ein 50jähriges Bestehen als öffentlich-rechtliche Körperschaft zurückblicken. Die anfänge der Kammer reichen indessen erheblich weiter zurück. Sie ist ihre Geschichte bis auf Jahr 1800 verfolbar. Am 1. Oktober wird auf den Ernst der Zeit hat die Handelskammer von der öffentlichen Feier ihres Jubiläums Abstand genommen.

(*) Zur Besetzung der evang. II. Pfarrstelle. Wir erlauben uns folgende Berichtigung: Nach einem Bericht des „Vollständigen Anzeiger“ vom 23. Oktober hat Pfarrer Kappes in einer hiesigen demokratischen Parteiverammlung davon Mitteilung gemacht, daß die Kirchenregierung den Genossen W. u. s. w. zur Besetzung einer Pfarrstelle abgelehnt habe, weil er Sozialdemokrat sei und einen Artikel gegen den § 218 geschrieben habe. Diese Mitteilung entspricht nicht den Tatsachen. Daß W. u. s. w. Wunsch nicht abgelehnt worden ist, weil er Sozialdemokrat ist, geht schon daraus hervor, daß die Kirchenregierung ausdrücklich erklärt hat, die betreffende Pfarrstelle bleibe einem evangelischen Geistlichen der Landeskirche vorbehalten. Die erwähnten Personen in dieser Sache auf den heutigen Artikel. Die evangelische Kirche im Kampfe gegen sozialistische Pfarrer.

Wasserstand des Rheins

Basel 144, gef. 2; Waldshut 323, gef. 9; Schaffhausen 430, gef. 12; Rehl 332, gef. 2; Maxau 528, gef. 22; Wormsheim 432, gef. 22.

